

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 5 Mai 2008 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Druck gemacht und gut verhandelt!



In dieser Ausgabe:

Gewalt gegen Polizeibeamte:
Wenn das Schutzschild zur Zielscheibe wird

Personal:
Polizeibeamte mit Migrationshintergrund

Erschwerniszulagen:
GdP fordert DUZ anzuheben

Einsatz zur Fußball-EM:
GdP vor Ort

Arbeitsalltag: Mehr Frust als Lust

Pendler:
Leben vom Prinzip Hoffnung

Wasserschutzpolizei:
Skippers Sicherheitstipps

Junge Gruppe

Wenn das Schutzschild zur Zielscheibe wird



„Seit fast zwanzig Jahren mache ich hier Dienst, kenne Marxloh und die Menschen wie meine Westentasche. Was sich seit drei, vier Jahren hier entwickelt hat, ist eine tickende Zeitbombe.“

S. 10

GdP vor Ort – Übereinstimmung in fast allen Punkten



Zur 13. Fußball-EM werden Unterstützungskräfte aus Deutschland in der Schweiz und Österreich eingesetzt.

Ein GdP-Team informierte sich vor Ort über Unterbringung und Verpflegung.

S. 27

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Von Extrembelastungen und psychotoxischen Chefs	4
FORUM	4/5
TITEL/TARIFPOLITIK Druck gemacht und gut verhandelt!	6
GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE Wenn das Schutzschild zur Zielscheibe wird	10
PERSONAL Polizeibeamte mit Migrationshintergrund	16
ERSCHWERNISZULAGEN GdP fordert DUZ anzuheben	17
RECHT Urteile	21/25
ARBEITSALLTAG Mehr Fust als Lust	22
EINSATZ ZUR FUSSBALL-EM GdP vor Ort – Übereinstimmung in fast allen Punkten!	27
PENDLER Leben vom Prinzip Hoffnung	30
EINSATZJACKEN Neue Bestellrunde	32
DIENSTKLEIDUNG FÜR POLIZEI BADEN-WÜRTTEMBERG GdP-Erfolg nach harter Auseinandersetzung	33
WASSERSCHUTZPOLIZEI Skippers Sicherheitstipps	34
46. DEUTSCHER VERKEHRSGERICHTSTAG/ ARBEITSKREIS VIII Seeverkehr und Klimaschutz	35
FÖDERALISMUS Quo Vadis öffentlicher Dienst	37
JUNGE GRUPPE	38
BÜCHER	40
IMPRESSUM	40



60 JAHRE GDP IN NRW:

Die Bedeutung der Gewerkschaften wächst



Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der GdP NRW im Düsseldorf Apollo Varieté Theater mit historischem Beiwerk und aktuellen politischen Akteuren: GdP-Landesvorsitzender Frank Richter (2. v. l.) und Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (2. v. r.) Foto: GdP NRW

In Anwesenheit von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und zahlreichen weiteren Gästen hat der GdP-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen am 14. April 2008 sein 60-jähriges Bestehen gefeiert. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter hob

dabei die wachsende Bedeutung der Gewerkschaften hervor: Nach 60 Jahren erfolgreicher Arbeit sei die Gewerkschaft der Polizei heute bundesweit die größte Berufsvertretung für alle Beschäftigten der Polizei.

Die Gewerkschaft der Polizei sei immer ein verlässlicher Partner in dem Bemühen darum gewesen, dass sich die Menschen in NRW sicher fühlen können. Das werde sie auch künftig sein. Genauso werde sie sich weiterhin dafür starkmachen, dass die Politik auf die Erfahrung und den Sachverstand der Polizeibeschäftigten hört. „Mitbestimmung und Beteiligung sind keine Hindernisse, sondern die Voraussetzung für eine erfolgreiche Polizeiorganisation“, bekräftigte Frank Richter. Die Gestaltungskraft der GdP sei in den zurückliegenden 60 Jahren stets gewachsen. „Wir werden uns weiter einmischen, für die Kolleginnen und Kollegen, für die Mitte unserer Gesellschaft, für gerechte Teilhabe“, so der GdP-Landesvorsitzende. **red.**

HERMANN LUTZ WURDE 70:

Und kein bisschen leise

Hermann Lutz schon 70? Kann gar nicht sein! Doch, es stimmt: Der ehemalige GdP-Bundesvorsitzende wurde am 3. April 70 Jahre alt. Damit beginnt aber nicht, wie er beteuert, das Alter. Seine positive Lebenseinstellung hat dem gebürtigen Erfurter bei seiner vieljährigen Arbeit für die Gewerkschaft der Polizei geholfen, denn schwierigen Aufgaben ist Hermann Lutz nie aus dem Wege gegangen. Für ihn gehören Polizei und GdP untrennbar zusammen.

„Was ich 1957 nach meinem Eintritt in die Polizei erlebt habe, das konnte nur mit einer aktiven Gewerkschaft grundlegend verbessert werden“, so das Bekenntnis des Familienmenschen. Diese Charakterisierung trifft gleich mehrfach zu. Für Hermann Lutz, der 1986 zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde, waren die Poli-

zei und zugleich die GdP seine große Familie. Damit nicht genug: Auch auf europäischer Ebene kniete er sich richtig hinein. Seit 1989 als Präsident des internationalen Zusammenschlusses der Polizeigewerkschaften (UISP) warb er unter den europäischen Mitgliedsorganisationen für eine radikale Modernisierung: EuroCOP ist heute mit einer eigenen Geschäftsstelle in Luxemburg die unangefochtene Sprecherin in Sachen Polizei in Europa.

Nach 12 Jahren gab Hermann Lutz den GdP-Vorsitz mit dem Eintritt in den polizeilichen Ruhestand ab, 2003 kandidierte er nicht mehr für das EuroCOP-Präsidentenamt. Bei allem gewerkschaftlichen Engagement hat ihm aber seine eigene Familie keineswegs weniger bedeutet. Dem mehrfachen Großvater reicht selbst das nicht: Er braucht auch die Nähe vieler Freunde und Bekannter seiner



Foto: Thomas Will

rheinland-pfälzischen Wahlheimat Gau-Algesheim. „Dorthin zu ziehen, war eine der besten Entscheidungen meines Lebens“, meint Hermann Lutz, der gleich hinter seinem Haus eine seiner zahlreichen Interessen pflegen kann: den Wein. **W.D.**



2. GDP-ARBEITSSCHUTZSYMPOSIUM:

Psychische Belastung im Polizeidienst



Unterbesetzung, Überstunden, Großeinsätze, Schichtdienste, schlechte Unterbringung und die wachsende Befürchtung, im Dienst schwer verletzt zu werden, sind nur einige Faktoren, die Polizistinnen und Polizisten in ihrer Arbeit so stark belasten, dass sie darüber krank werden können.

Zu ihrem 2. Arbeitsschutzsymposium am 10. und 11. April 2008 in Potsdam hat die GdP rund 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Polizei und Wissenschaft sowie Personalräte eingeladen, um sich mit psychischen Belastungen im Polizeidienst und ihren gesundheitlichen Auswirkungen auseinanderzusetzen.

DEUTSCHE POLIZEI wird in der Juni-Ausgabe ausführlich berichten.

red.

Großes Interesse an den Darlegungen und Diskussionen auf dem 2. GdP-Arbeitsschutzsymposium in Potsdam. Foto: tetz

AUSLANDSEINSÄTZE:

Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen im Blick

Zu einem Informationsaustausch trafen in der Bundesgeschäftsstelle Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Internationale Polizeieinsätze (AGIPM) mit dem Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg und Jörg Radek, im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für Großlagen und geschlossene Einsätze (Foto v. l. n. r.) zusammen. Das Thema lautete: „Auslandseinsätze“ seien es



laufende oder auch geplante mit allen Facetten. Im Mittelpunkt der Gespräche standen dabei die Sicherheit der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen, die Bewerbergewinnung, Einsatzbedingungen aber auch Fragen der Koordinations- und Leistungsstrukturen sowie die Problematik der Veränderung der Personalsituation in Deutschland durch fehlende Kräfte, die im Ausland eingesetzt sind.

Foto: Holecsek

now.

Kurzmeldungen

Kriminalitätsentwicklung: Gewaltkriminalität steigt weiter an

„Die Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft ist weiter auf dem Vormarsch“, konstatierte der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg, nachdem alle Länder die Zahlen ihrer polizeilichen Kriminalstatistik für 2007 veröffentlicht haben. Obwohl die Gesamtkriminalität erneut leicht gesunken sei, gelte dies nicht für die Gewaltkriminalität und vor allem nicht für schwere und gefährliche Körperverletzungsdelikte.

Der erneute Rückgang bei Wirtschafts- und Rauschgiftdelikten sei sehr stark vom Personaleinsatz abhängig: „In diesen Deliktsbereichen machen sich Personal-mangel und Stellenabbau besonders bemerkbar.“

Aussetzung des Riester-Faktors bei Rentenerhöhung: Versorgungsempfänger dürfen nicht benachteiligt werden

Die GdP begrüßt die Entscheidung des Bundeskabinetts, für die nächsten beiden Jahre den sogenannten Riester-Faktor bei den Rentenerhöhungen auszusetzen.

Allerdings habe die Regierung bei ihrer Entscheidung die Versorgungsempfänger nicht berücksichtigt. Konrad Freiberg kritisierte die klare Benachteiligung gegenüber den Rentnerinnen und Rentnern: Schon seit 2002 hinke die Erhöhung der Versorgungsbezüge den Besoldungsanpassungen für Beamtinnen und Beamte hinterher. Die GdP fordert die Gesetzgeber in Bund und Ländern auf, das Versorgungsänderungsgesetz 2001 so abzuändern, dass der Riester-Faktor auch im Versorgungsbereich für zwei Anpassungsrunden ausgesetzt wird.



Von Extrembelastungen und psychotoxischen Chefs

Es stand vor einem Jahr in der „Hannoverschen Allgemeinen“: Jeder dritte der 527 Übergriffe in Hannover 2006 gegen Polizisten betraf einen Beamten oder eine Beamtin aus der Inspektion Mitte. Eine statistische Feststellung. Aber konkret sieht das z. B. so aus: Der Polizist Daniel S., 30 Jahre, 1,89 Meter groß, 115 Kilogramm schwer, wurde mehrfach angegriffen. Dabei hat er sich zweimal die rechte und zweimal die linke Mittelhand gebrochen, hatte drei Rippenbrüche, einen Innenbandriss und mehrere kleinere Verletzungen ... Solche Bilanzen gehören in-

zwischen bei vielen Kolleginnen und Kollegen zum rauen Berufsalltag: Sie werden körperlich angegriffen und verletzt. Sie werden bespuckt und

auf das Übelste beleidigt. Und das alles im Rund-um-die-Uhr-Dienstbetrieb. Gegen die tätlichen Angriffe lässt sich ja immer noch eine Menge machen. Z. B. in der Situation genügend Personal anfordern – wenn es denn vorhanden ist –, für praxisnahe Aus- und Fortbildung, ausreichendes Training und hohe Eigen-sicherung sorgen, die polizeiliche Ausstattung verbessern ... So ist erst einmal der Körper zu schützen. Und die Seele?

Dieser Aspekt wurde lange Zeit in der Polizei vernachlässigt. Aber es ist eben nicht mehr zu übersehen: Immer mehr Kolleginnen und Kollegen leiden unter den psychischen Folgen, die der Polizei-alltag im Allgemeinen und Besonderen mit sich bringt: Unterbesetzung, Überstunden, Großeinsätze, Schichtdienste, schlechte Unterbringung und die reale Befürchtung, im Dienst schwer verletzt zu werden, können stark belasten. Hinzu kommt, dass Polizistinnen und Polizisten häufiger mit potenziell traumatischen Situationen konfrontiert werden als andere Berufstätige. Jeder weiß, wovon ich spreche: Aufnahme und Bearbeitung schwerer Verkehrsunfälle, Gewaltdelikte in der kriminalpolizeilichen Arbeit, Überbringung von Todesnachrichten und zahlreiche weitere aufs Höchste belastende Tätigkeiten sind bei uns sozusagen an der Tagesordnung. Und dann kommt noch das „Normale“ dazu, womit sicher auch andere Branchen zu kämpfen haben. U. a. mangelnde Führungstätigkeit und -fähigkeit. Ein Wissenschaftler sprach gar von „psychotoxischen Chefs“.

Wir leiden aber auch unter akutem Personal-mangel – verbunden mit einer Arbeitsverdichtung, die längst an die Grenzen des Ertragbaren gestoßen ist. Die noch verbleibende Zeit wird häufig durch nicht nachzuvollziehende Tätigkeiten, wie dem Erstellen und Bearbeiten überflüssiger Berichte und Statistiken „ausgefüllt.“ Der eigentliche polizeiliche Primärauftrag – Strafverfolgung und Prävention – gerät mancherorts schon ins Hintertreffen. Studien zeigen darüber hinaus, dass auch Unzufriedenheit mit dem Arbeitsklima und/oder der Organisationsstruktur als ganz intensive Stressfaktoren empfunden werden.

Wenn aber all der Stress nicht angemessen be- und verarbeitet wird, kann der Betroffene darüber krank werden. Bis hin zur Dienstunfähigkeit.

Und deshalb sind Forschen und Handeln nötig. Die GdP hat sich daher auf ihrem 2. Arbeitsschutzsymposium genau diesem Thema gewidmet: „Psychische Belastung am Arbeitsplatz“. Die DEUTSCHE POLIZEI wird in der Juni-Ausgabe über Inhalt, Diskussionen und Ergebnisse ausführlich berichten. Immerhin haben sich rund 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Polizei, Wissenschaften sowie zahlreiche Personalräte in Potsdam zwei Tage lang intensiv mit den steigenden psychischen Belastungen im Polizeidienst beschäftigt.

Wir sehen uns hier als Gewerkschaft der Polizei ganz besonders in der Verantwortung. Denn wer, wenn nicht wir, stellt sonst noch den Fokus immer wieder genau auf diese Belastungs-Probleme, bietet Lösungsmöglichkeiten an, stellt Forderungen auf? Dabei müssen wir gerade den Arbeitsschutz vehement im Visier haben. Denn hier scheint sich unter dem Deckmantel des „Bürokratieabbaus“ eine Verringerung von Schutzzielen in einer bisher noch nicht bekannten Dimension zu vollziehen. Das werden wir selbstverständlich nicht hinnehmen. Sondern uns mit allen gewerkschaftlichen Möglichkeiten und allem Engagement genau um diese, unsere ureigenste Aufgabe intensiv kümmern.



forum

Zu: Tarifpolitik – Keine Annäherung, DP 3/08

Nach meiner Überzeugung ist in heutiger Zeit nur ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst geeignet, Veränderungen oder Verbesserungen für die Mitglieder zu bewirken. Inso-

fern sind die letzten Tarifverhandlungen optimal verlaufen, wenngleich nicht jeder zufrieden sein wird.

Die jetzigen Klagen der Verantwortlichen für die Finanzen mögen ja berechtigt sein, obwohl die Einsparungen in den zurückliegenden Jahren durch das Ausbleiben von Einkommensverbesserungen in der Lage sein dürften, diese Lücken zu schließen. Erstaunt sein darf man aber immer wieder, dass von diesen Sorgen bei der For-

derung unserer Politiker nach Erhöhung ihrer eigenen Einkommen nie etwas zu hören ist. Ich würde mir daher wünschen, dass die Gewerkschaften zu gegebener Zeit keine eigenständigen Einkommensverbesserungen einfordern, sondern schlicht und einfach das begehren, was sich die Politiker selbst auch zugestehen, und zwar nicht lediglich in Prozentpunkten, sondern in entsprechenden festen Beträgen.

Erwin Auffarth, per E-Mail



Zu: Grünes Licht für Blau?, DP 1/08

In Zeiten, wo Europa zusammen wächst, die Uniformfarbe Blau zu wählen leuchtet ein. Warum dieses aber nicht mit einer bundeseinheitlichen Uniform geschieht, ist nicht nachvollziehbar. Die Anforderungen an Material und Komfort dürften ja in allen Bundesländern gleich sein. Mitte der siebziger Jahre wurde diese Anpassung auf Grün bereits einmal durchgeführt, aber letztendlich stand eine halbwegs einheitliche Uniform zur Verfügung, die einen Widererkennungswert der Polizei bundesweit hatte.

Bei Betrachtung der vorgestellten Uniformen der Bundesländer und des Bundes, drängt sich mir der Eindruck auf, dass wir nichts dazugelernt haben und man wird an die Kleinstaaterei vergangener Jahrhunderte erinnert, wo Fürstentümer und Königreiche in Deutschland ihre ureigenen Uniformen kreierten. Die sofortige und unmissverständliche Erkennbarkeit in jedem Bundesland sowie die eindeutige Unterscheidung zu anderen „Sicherheitsunternehmen“ dürfte hierunter leiden.

Gemeinsame Großeinsätze werden zukünftig wohl zur Modenschau oder Tauschbörse für Uniformteile (z. B. Uniformmützen im amerikanischen Stil). Die Kollegen aus Bayern haben recht, dass die Polizei wichtigere Probleme hat, wenn ich da nur an den Digitalfunk denke.

Norbert Rabe,
Polizeidirektion Hannover

Zu: Stille Nacht, heilige Nacht, DP 2/08

Zu dem Bericht des Kollegen Bernd Eberlein, ist auf diesem Wege ein großes Dankeschön angezeigt. Dieser Schichtablauf müsste allen Politikern zur Pflichtlektüre auferlegt werden!

Danke allen Polizeibeamten in unserem Lande.

Hanskarl Fröder, Flörsheim am Main

Zu: Ruhestandsberechnung, DP 4/08

Als Betroffener und zurzeit in einem diesbezüglichen Klageverfahren kann ich es nur begrüßen, wenn die GdP diese Problematik in das Licht der Öffentlichkeit rückt. Dafür herzlichen Dank. Meines Wis-

sens gibt es vor allem im Beitrittsgebiet viele Fälle, wo es mit Eintritt in das gesetzliche Rentenalter für die Kolleginnen und Kollegen erhebliche finanzielle Einbußen gibt. Es wäre aus meiner Sicht sehr erfreulich, wenn sich die auf Bundesebene verantwortlichen Funktionäre der Berufsorganisationen zu einem einheitlichen Vorgehen entscheiden könnten und auf politischer Ebene ihren Einfluss zur Behebung der Benachteiligung der Betroffenen geltend machen. Und die Zeit zu gemeinsamen Aktivitäten zur Lösung des Problems drängt aufgrund des Lebensalters der Betroffenen. Durch die beiden Autoren wurde dazu ein erster Schritt getan.

Klaus Pinkert, per E-Mail



Als Betroffene bin ich den beiden Autoren und der GdP sehr dankbar, dass sie diese Problematik in das Licht der Öffentlichkeit gerückt haben. Auch wenn das aufgezeigte Problem eine zeitliche Begrenzung hat, ist es für die Betroffenen ein finanzieller Abstieg gegenüber den bisherigen Versorgungsbezügen. Das Problem der Bewertung der Mindestversorgung trifft natürlich in erster Linie die Kollegen und Kolleginnen aus dem Beitrittsgebiet. Es ist aber in diesem Zusammenhang schon erstaunlich, welche Haltungen die einzelnen Bundesländer zu einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts haben und wie sie dessen Umsetzung mit fadenscheinigen Argumenten zu umgehen versuchen.

Renate Scheller, per E-Mail



Die Ausführungen zum Thema zeigen ganz deutlich, mit welchen Nachteilen ein Mensch unserer Gesellschaft rechnen muss, wenn er sich den besonderen Bedingungen eines Beamten unterwirft.

Gut ist, dass diese Gesellschaft, diese Gerichtsbarkeit vor keinem haltmacht – egal welchen Dienststrang dieser Beamte dann hat.

Schlecht ist, dass sich so ganz wenige Kollegen mit der Thematik auseinandersetzen und noch weniger die Auseinandersetzung dann öffentlich betrieben wird und die Zusammenhänge formuliert werden. Insofern liebe Kollegen aus dem LB Berlin, meine ganz persönliche Hochachtung.

Aber dieser Umstand gilt für alle Facetten des Bundesversicherungsrechtes. Die Kreisgruppe Saalfeld hat im Dezember 2006

mit einem Initiativbeschluss der Vertrauensleute das Jahr 2007 zum Jahr der Versorgung erklärt und unser Kreisgruppenvorsitzender hat dem örtlichen Personalrat unserer Polizeidirektion eine Vortragsreihe von 4 Fachthemen aus den Bereichen des Bundesversicherungsrechtes zur Verfügung gestellt, welcher in Dienstunterrichten der Belegschaft näher gebracht wird. Die hier zu diesem Thema dargebrachten Zusammenhänge stellen eine wesentliche Bereicherung des Teilvortrages zum Thema „Die Ruhestandsregelungen“ dar, der in Auszügen auch den Senioren der Kreisgruppe Saalfeld in Kürze angeboten wird.

Zusätzlich wurde in Zusammenarbeit mit unseren Partnern Signal Iduna/PVAG ein Versorgungsordner entwickelt, wo alle notwendigen Unterlagen für den Versorgungsfall zusammengefasst werden können. Diesen Versorgungsordner wollen wir jeden Polizeibeamten unserer Polizeidirektion zur Verfügung stellen.

Rainer Kräuter,
Kreisgruppe Saalfeld/LB Thüringen

Korrektur

Zu: Motorradtreffen, DP 5/08

Der Veranstalter des Motorradtreffens in Kassel bat um folgende Korrekturen:

Die Kosten belaufen sich auf 70 Euro pro Teilnehmer bei Unterbringung im DZ (mit HP) bzw. auf 40 Euro bei Unterbringung in Zelten (mit HP).

In der E-Mail-Adresse hatte sich ebenfalls ein Fehler eingeschlichen. Korrekt heißt sie: biker-100@web.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



Druck gemacht und gut verhandelt!

Erfolgreich um Geld und Arbeitszeit bei Bund und Kommunen gerungen

Es war eine Zitterpartie bis zuletzt: Nachdem der Arbeitgeber Bund sowie alle beteiligten Gewerkschaften – ver.di, GEW, GdP und die dbb/tarifunion – der Tarifeinigung zugestimmt hatten, stimmte am Nachmittag des 31.3.2008 als letztes auch die Mitgliederversammlung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände dem Verhandlungsergebnis zu. Einige Gewerkschaften wollten eine Mitgliederbefragung über die Tarifeinigung durchführen, um von dort ein Stimmungsbild zu erhalten. Deshalb wurde mit den Arbeitgebern eine Erklärungsfrist bis zum 20. April 2008 vereinbart. Die zuständigen Gewerkschaftsvertreter und -vertreterinnen waren zuversichtlich, dass von den Mitgliedern eine positive Rückmeldung zu dem Verhandlungsergebnis erfolgen würde. Alle beteiligten Tarifkommissionen der Einzelgewerkschaften hatten mit großer Mehrheit die Annahme der Einigung empfohlen. Die Mitgliederbefragung war zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

Urabstimmung und Streik waren greifbar nahe.

Nach einem langen Verhandlungstag am Samstag und der Fortsetzung bis Montag, dem 31. März, haben die Tarifvertragsparteien sich schließlich auf ein für beide Seiten akzeptables Verhandlungsergebnis verständigt. Immer wieder waren die Verhandlungen kurz davor gewesen, zu scheitern. Nur der Wille, einen Streik zu vermeiden, ließ die Verhandlungsführer nicht aufgeben und alle Punkte im Detail austarieren.

Anfangs unüberwindbar scheinende Mauern, wie z. B. die Leistungsbezahlung, spielten am Ende keine Rolle mehr, während andere Themen wie Geld und Ar-



Foto: R. Holecek

Um in letzter Minute einen bundesweiten Streik abzuwenden, sind Arbeitgeber von Bund und Kommunen sowie die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vom 29. bis 31. März 2008 zu einer sechsten Verhandlungsrunde zusammengetreten. Zu Beginn der Verhandlungen war eine Einigung in weite Ferne gerückt, denn der einseitige Schlichterspruch von Lothar Späth vom 27. März 2008 hatte bei den Gewerkschaften eher Öl ins Feuer gegossen und eine weitere Mobilisierungswelle bei den Beschäftigten nach sich gezogen statt für Beruhigung zu sorgen. Den

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hatte dieser Vorschlag bei weitem nicht gereicht und für großen Unmut gesorgt.

“ Die erstmals in dieser Form praktizierte Solidarität zwischen den beteiligten DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP sowie der tarifunion im Deutschen Beamtenbund hat sich bewährt.

Konrad Freiberg



beitszeit bis zum Schluss heiß umstritten waren – auf beiden Seiten.

Hätten die Tarifparteien in Potsdam am Montag, den 31. März 2008 keine Lösung gefunden, die bei den Beschäftigten rückgekoppelt werden sollte, um zu eruieren, ob es sich um einen einigungsfähigen Kompromiss handelt, der von der Mitgliedschaft getragen wird, wäre von Mitte April an ein bundesweiter Arbeitskampf unausweichlich gewesen.

Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft der Polizei hatte dem Geschäftsführenden Bundesvorstand die Annahme des



Hier die für die Beschäftigten in der Polizei bei Bund und Kommunen maßgeblichen Eckpunkte des Verhandlungsergebnisses:

1. Lineare Erhöhung

Ab 1.1.2008: 50 Euro Sockelbetrag und eine lineare Anhebung der Tabellenwerte um 3,1 % für alle Beschäftigten bei Bund und Kommunen.

Ab 1.1.2009: lineare Anhebung der Tabellenwerte um 2,8 % für alle Beschäftigten bei Bund und Kommunen.

2. Einmalzahlung

1.1.2009: 225 Euro für alle Beschäftigten bei Bund und Kommunen.

3. Arbeitszeit

39 Stunden/Woche für alle Beschäftigten

(West) von Bund und Kommunen unter Aufhebung bzw. Anpassung der landesspezifischen Regelungen zur Arbeitszeit.

4. Überleitungsrecht

Der Besitzstand für vor dem 1. Oktober 2005 begonnene Bewährungs- und Zeitaufstiege werden bis zum 31.12.2009 verlängert.

Der Arbeitgeber kann bei Einstellung von Beschäftigten im unmittelbaren Anschluss an ein Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst die beim vorherigen Arbeitgeber erworbene Entgeltgruppe und -stufe ganz oder teilweise berücksichtigen.

Um unangemessene und ungewollte Expektanzverluste (erwartete Aufstiege) zu vermeiden, die dadurch eintreten können, dass die laufenden Verhandlungen zur Entgeltordnung nicht rechtzeitig zu

einem Ergebnis geführt werden können, werden die Tarifvertragsparteien nach Abschluss der Tarifrunde 2008 übergangsweise ohne Präjudizierung für die Verhandlung der Entgeltordnung vereinbaren.

5. Restanten

Die Restanten treten entsprechend dem Einigungsstand der Tarifvertragsparteien zum 1. Juli 2008 in Kraft.

6. Angleichung Ost (nur Bund)

100 % für die Entgeltgruppen 10 bis 15 ab 1.4.2008 (für die Entgeltgruppen 1 bis 9 ab 1.1.2008). Dies gilt auch für die sonstigen Entgeltbestandteile

7. Laufzeit

1.1.2008 bis 31.12.2009

Verhandlungsergebnisses empfohlen. Auch die Tarifkommissionen der übrigen beteiligten Gewerkschaften stimmten alle mehrheitlich der Tarifeinigung zu.

Die Anhebung der Tabellenwerte bedeuten in 2008 in der Entgeltgruppe 1, Stufe 2: 7,1 % und in der Entgeltgruppe 15, Stufe 6: 4,0 %. Damit hat sie im Durchschnitt ein Volumen von 5,1 %.



„Bei allen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern in der Sache war die Verhandlungsatmosphäre konstruktiv und von gegenseitiger Achtung geprägt. Dazu hat Bundesinnenminister Dr. Schäuble einen maßgeblichen Beitrag geleistet“, schätzte GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg ein. Foto: Bernd Settnik dpa

Die Anhebung der Tabellenwerte für die gesamte Laufzeit von 24 Monaten beträgt in der Entgeltgruppe 1, Stufe 2: 10,1 % und in der Entgeltgruppe 15, Stufe 6: 7,0 %.

Die Erhöhungen für 2008/2009 haben ein Volumen von insgesamt 8,9 % (mit der Einmalzahlung).

Bei einer Arbeitszeitverlängerung von einer 1/2 Stunde pro

Woche ergibt sich eine Anrechnung von 1,3 % im Jahr (d. h. vom 1.7. bis 31.12.2008: 0,65 %).

In den überwiegenden Bereichen im Organisationsbereich der Gewerkschaft der Polizei, die von dem Verhandlungsergebnis betroffen sind, wird bereits 39

Stunden pro Woche gearbeitet, so dass hier das materielle Ergebnis nicht geschmälert wird.

Arbeitgeber den Schlichtervorschlag in Potsdam nicht nachbesserten. Der Vorschlag bietet nicht einmal einen Inflations-



„Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes haben deutlich zu spüren bekommen, dass es uns sehr ernst war. Die hohe Beteiligung an unseren Warnstreiks und gewerkschaftlichen Aktionen, die breite Sympathie in der Bevölkerung und eine objektive Berichterstattung in den Medien haben die Arbeitgeber letztendlich in ihre Schranken verwiesen“, so Konrad Freiberg.

Foto: Holecsek

Zu Beginn der Verhandlungen hatten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften gegenseitig kritisiert. Die Gewerkschafts-



Vertreter der Arbeitgeberseite, wie der Präsident der kommunalen Arbeitgeberverbände Böhle, warfen den Gewerkschaften eine starre Haltung vor. Foto: Bernd Settnik dpa

seite hatte bereits angekündigt, am Dienstag, den 1. April 2008, Urabstimmungen über einen Streik einzuleiten, wenn die

ausgleich, hatten die Gewerkschafter kritisiert. Die verlangte Arbeitszeitverlängerung schmälere das ohnehin mageres Angebot um ein weiteres, so Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für Tarifpolitik. Das Angebot bedeute eine Fortsetzung der Politik zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Eine Verlängerung der Arbeitszeit koste zudem Arbeitsplätze. Die Weichen stünden auf Streik, es sei denn, die Arbeitgeber würden ihre Arbeitszeitideologie in die Mottenkiste packen und das materielle Angebot kräftig nachbessern.

Vertreter der Arbeitgeberseite, wie der Präsident der kommunalen Arbeitgeber-



Schlichterspruch

Der Schlichterspruch war am 27. März 2008 mit 13 zu zwölf Stimmen gefallen. Den Ausschlag für den Spruch gab die Stimme von Späth, zusammen mit dem Arbeitgeberlager.

Die Schlichtung hatte am 15. März in Frankfurt begonnen, nachdem die Tarifverhandlungen zwischen den Arbeitgebern von Bund und Kommunen mit den Gewerkschaften am 7. März 2008 gescheitert waren.

Die Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und die Tarifunion im Beamtenbund (dbb/tarifunion) hatten in der Schlichtung den Vorschlag des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) abgelehnt. Bund und Kommunen hatten den Schlichterspruch akzeptiert:



Der Schlichterspruch war am 27. März 2008 gefallen. Für die Gewerkschaftsseite ein völlig inakzeptabler Vorschlag.
Foto: Arne Dedert dpa

- ab April 2008 vier Prozent mehr Einkommen im Westen
- ab August 2008 vier Prozent mehr Einkommen im Osten
- 450 Euro Einmalzahlung im April 2008 für die Entgeltgruppen 1 bis 8
- ab Januar 2009 zwei Prozent mehr für alle Beschäftigten
- 450 Euro Einmalzahlung im Juli 2009 für alle Beschäftigten
- die Arbeitszeit bei Beschäftigten im Westen (bisher 38,5 Stunden) und beim Bund (bisher 39) sollte ab Juli 2008 auf 39,5 Stunden pro Woche steigen
- die Arbeitszeit im Osten sollte bei 40 Stunden verbleiben

verbände Böhle, warfen den Gewerkschaften eine starre Haltung vor. Die Gewerkschaften entgegneten, die Arbeitgeber hätten bislang keinen Willen zur Einigung gezeigt.

„Dieses Tarifiergebnis ist in seiner Signalwirkung nicht zu unterschätzen. Dies gilt für die übrigen Branchen und für die im nächsten Jahr anstehenden Tarifverhandlungen in den Ländern (TdL).“

Kerstin Philipp, stellv. GdP-Bundesvorsitzende

Damit wird deutlich, was an Verbesserungen in der Tarifeinigung nach der Schlichtung erreicht werden konnte! Wichtig ist an diesem Verhandlungsergebnis dessen Signalwirkung, nicht nur für die anderen Branchen, sondern auch für die im kommenden Jahr anstehenden Tarifverhandlungen in den Ländern. Dazu haben maßgeblich die beeindruckenden Teilnehmerzahlen an den Warnstreiks beigetragen sowie die geschlossene, solidarische Haltung der beteiligten Gewerkschaften.

Die GdP fordert nun, das das Verhandlungsergebnis zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich des Bundes übertragen wird. **Alberdina Körner**

KONJUNKTUR

Mehr Wachstum, weniger im Geldbeutel

Bei Deutschlands Arbeitnehmern ist der Aufschwung der vergangenen drei Jahre nicht angekommen. Nach Abzug von Steuern und Abgaben blieb die Lohnentwicklung je Beschäftigtem sogar hinter der Inflation zurück, zeigt eine Untersuchung des IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung).

Im Unterschied zu früheren konjunkturellen Boomphasen sind die Einkommen der privaten Haushalte im jüngsten Aufschwung kaum gestiegen. Mit Hilfe von ökonometrischen Simulationen spürten die Forscher des IMK den Gründen dafür nach. Ihr Ergebnis: Von erheblicher Bedeutung ist das deutliche Zurückbleiben der Lohnentwicklung hinter dem Wachstum von Produktivität und Inflation.

In einem ersten Schritt ermittelten die Ökonomen die Zeiträume für den jüngsten und den vorhergegangenen Aufschwung: Der Vorherige begann im Frühjahr 1998 und dauerte elf Quartale, der Jetzige fing Ende 2004 an. In beiden Phasen entwickelte sich das Wachstum preisbereinigt sehr ähnlich. Ein markanter Unterschied: Die wirtschaftliche Erholung war diesmal fast ausschließlich vom Export getrieben. Die Binnennachfrage, besonders der private Verbrauch, blieb unter dem für eine Boomphase üblichen Niveau.

Der Grund hierfür liegt in der Einkommensentwicklung: Inflationsbereinigt stagnierte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. „Damit hat der Begriff Konjunkturaufschwung eine neue Qualität“, schreibt das IMK: „Wachstum ohne Einkommenszuwachs“. Noch im vorigen

Aufschwung hatte preisbereinigt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte immerhin um sieben Prozent zugenommen – genauso stark wie das Wirtschaftswachstum.

In diesem Boom entwickelten sich die einzelnen Einkommensbestandteile unterschiedlich: Unternehmer, Selbstständige, Aktienbesitzer und andere Kapitaleigner konnten sich über stetig steigende Einnahmen freuen, die auch von der Inflation nicht aufgezehrt wurden. Transfers an die privaten Haushalte – Renten, Kindergeld, BAföG und andere staatliche Zahlungen – gingen preisbereinigt um fast 6 Prozent zurück. Im vorherigen Aufschwung waren die Leistungen noch um rund 4 Prozent gestiegen. Die Nettolöhne sanken um 1,5 Prozent, nach einem Zuwachs von gut 8 Prozent.

Das bedeutet: Dieser Aufschwung ist bisher vor allem denjenigen zugute gekommen, die einen Job gefunden haben. Und den Vermögensbesitzern – eine relativ kleine Gruppe: Zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung haben kein oder nur geringes Vermögen, während das reichste Zehntel knapp 60 Prozent besitzt. Für die meisten Arbeitnehmerhaushalte ist der Arbeitsverdienst die dominierende Einkommensquelle.



KONJUNKTUR

Auch die Beschäftigung entwickelte sich im jüngsten Aufschwung mit einer Zunahme von zwei Prozent nicht übermäßig stark. Die Zahl der Arbeitslosen ging zwar um gut 700.000 Personen zurück. Dies liegt jedoch auch daran, dass geburtenstarke Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ausscheiden. „Die versprochene Beschäftigungsdividende für Lohnmoderation und Arbeitsmarktflexibilisierung fiel damit aus“, konstatieren die IMK-Forscher. Ausgebreitet haben sich vor allem atypische Beschäftigungsformen:

- Zwischen 1994 und 2006 hat sich der Anteil der Zeitarbeit an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung vervierfacht.
- 2006 waren 14,5 Prozent aller Arbeitsverträge befristet.
- Die Teilzeitarbeit nimmt stetig zu. Ohne Mini- und Ein-Euro-Jobs lag ihr Anteil 2006 bei 17,6 Prozent.

Diese Entwicklungen setzten die Löhne für reguläre Beschäftigung unter Druck. Dazu kamen die Kombilohnregelungen der



Mini- und Midijobs sowie die Aufstockungsmöglichkeit von Hartz IV. „Das Problem ist für Deutschland von besonderer Bedeutung, weil im Gegensatz zu Frankreich keine Lohnuntergrenze in Form eines Mindestlohns existiert“, warnen die Ökonomen: So geben die Möglichkeiten zur Aufstockung für Bezieher von Arbeitslosengeld II den Unternehmen faktisch uneingeschränkte Möglichkeiten, die Löhne auf Kosten der Steuer- und Beitragszahler nach unten zu drücken.

Die Modellsimulationen des IMK zeigen: Allein aufgrund der geringeren Lohnsteigerungen in den vergangenen drei Jahren büßten die realen Nettolöhne pro Beschäftigten rund dreieinhalb Prozent ein. Die niedrigen Löhne halfen zwar dem Export. Doch schaden sie dem privaten Verbrauch – mit 55 Prozent immer noch die größte Komponente der wirtschaftlichen Entwicklung. Das schmälerte das Wirtschaftswachstum um einen halben Prozentpunkt. Die Finanzpolitik setzte noch eins drauf: Gekürzte Transferzahlungen und höhere Mehrwertsteuer drückten das Wachstum 2007 um bisher knapp einen Prozentpunkt, so die Berechnungen.

Viele Experten erwarten, dass Deutschlands Konsumenten in diesem Jahr die Konjunktur auf Kurs halten können und müssen – angesichts der Finanzmarkturbulenzen und einer drohenden Rezession in den USA. Das IMK ist skeptisch: Es rechnet auch 2008 gesamtwirtschaftlich nur mit einem moderaten Lohnanstieg. „Zudem sind die Beschäftigten gezwungen, einen Teil ihres Nettoeinkommens zu sparen, um das in Zukunft sinkende Rentenniveau auszugleichen.“

Quelle: Böckler Impuls 4/2008



Wenn das Schutzschild zur Zielscheibe wird

Immer wieder die Pollmann-Kreuzung. Jugendliche rotten sich zusammen, laufen über die Straßenbahnschienen hin- und her, liefern sich Schaukämpfe, der Verkehr stockt. Wolfgang Pawtowski und Inga Herder sind mit ihrem Streifenwagen da und versuchen das Spiel zu beenden. Als auch noch die Straßenbahn ausgebremst wird, greifen sie ein und halten einen Rädelführer an der Jacke fest, um die Personalien aufzunehmen. Wenig später sind sie umringt und schaffen es nicht mehr, in ihren Wagen zu kommen, der nur zwei Meter entfernt steht. Inga Herder: „Fahrgäste in der Straßenbahn, die nicht mehr weiterkam, riefen die Polizei an: Ob wir eigentlich wüssten, dass hier gerade zwei Polizisten verprügelt werden.“

Der Name der Kreuzung im Herzen von Duisburg-Marxloh stammt aus Zeiten, als an der Ruhr die Schloten qualmten und die gewaltigen Hochöfen auch dem im Norden des Duisburger Stadtgebietes gelegenen Stadtteil Arbeit und Wohlstand garantierten. Damals war Pollmann ein renommiertes Hotelrestaurant.

Der Zwischenfall der sich dort im Januar 2008 abspielt, ist kein Einzelfall: Im Mai vergangenen Jahres werden zwei libanesische Jugendliche aus einem Telefonladen hinausgeworfen, der zwei türkischen Brüdern gehört. Schnell telefonieren beide Seiten ihre Anhänger zusammen. Wenig später gehen 150 Beteiligte mit Messern und Baseballschlägern aufeinander los. In einem dreistündigen Einsatz haben 100 Polizeikräfte alle Hände voll zu tun, die Lage zu bereinigen. Nicht wenige von ihnen werden durch Tritte und Schläge verletzt. Die Hintergründe der Schlacht bleiben weitgehend im Verborgenen. Seitdem hält sich aber hartnäckig das Gerücht, organisierte Kriminalität sei in Marxloh am Werk.

Moscheebau ohne Proteste

Kohle und Stahl, die Großindustrien im Ruhrgebiet sind nicht gestern zusammengebrochen, die hohe Arbeitslosigkeit und der soziale Abstieg vieler Menschen nicht neu.

Dass in Marxloh Ausländer leben, vornehmlich Türken und „Deutschländer“, wie sich türkischstämmige Deutsche nach eigenem Bekunden bezeichnen, gehört im Ruhrgebiet wie in vielen Ballungszentren schon zur Geschichte. Die Menschen im Ruhrgebiet haben mit ihrer Unaufgeregtheit schon viele Veränderungen akzeptiert. In Marxloh entsteht eine der größten Moscheen Deutschlands und es gibt keine hit-



Wolfgang Pawtowski und Inga Herder vor der die DITIB-Merkez-Moschee, die größte Moschee Deutschlands im osmanischen Stil. An der Warbruckstraße in Duisburg-Marxloh lebt eine der ältesten und größten islamischen Gemeinden.

zigen Debatten darüber, wie in Köln-Ehrenfeld oder in Berlin-Pankow. Die türkische Gemeinde hat die christlichen Kirchen und die Einwohner von vornherein in die Planung mit einbezogen.

Viele Alteingesessene haben mit den jetzigen Inhabern der Läden in Marxloh noch Schulter an Schulter am Hochofen gestanden. Statt Currywurst, wird jetzt

eben Döner zum Bier vernascht, was soll's. In der Haupteinkaufsstraße reiht sich ein türkisches Brautmodegeschäft an das andere, die Kunden kommen aus ganz Europa, um sich für den schönsten Tag des Lebens einzukleiden.

Die Stadt Duisburg hat Marxloh nie sich selbst überlassen und überall Mittel aufgetrieben, um den Stadtteil baulich aufzuwerten. Die Straßen sind sauberer als selbst in den wohlhabenden Vierteln Berlins und die Zeitungsausschnitte über

Projekte und Veranstaltungen, die das Miteinander fördern sollten, füllen Aktenordner. Kaum eine Fernsehreportage, die Marxloh nicht als Musterbeispiel für gelungene Integration und multikulturelles Zusammenleben preist.

Klaus Schultz schaut aus dem Fenster der Fußstreifenwache am August-Bebel-Platz und beobachtet die Händler, die ihre



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE



Udo Faust, Jürgen Kahl, Klaus Schultz, Wilfried Kleinke, Weert Albers, mit Wachleiter Ralf Werner (sitzend) in der Wache in Duisburg-Marxloh.

Stände abbauen. „Schön wär’s. Seit fast zwanzig Jahren mache ich hier Dienst, kenne Marxloh und die Menschen wie meine Westentasche. Was sich seit drei, vier Jahren hier entwickelt, ist eine tickende Zeitbombe.“

Respektlos und gewalttätig

„Pisser“, „Penner“, „Scheißbulle“ sind die geläufigsten Schimpfwörter, die neuerdings hinter den Kolleginnen und Kollegen hergerufen werden, wenn sie durchs Viertel gehen. Es sind Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Aus einer Gruppe heraus die Polizei zu beleidigen und alles abzustreiten, wenn sie angesprochen werden, ist ein beliebter Sport. Ein Sport, der in anderen Ländern mit anderen Polizeien ein unkalkulierbares Verletzungsrisiko bergen würde. Aber in Deutschland muss die Tat dem Einzelnen zugeordnet werden. Eine Anzeige wegen Beamtenbeleidigung? „Was kommt dabei heraus, wenn überhaupt etwas herauskommt? zehn Stunden Sozialarbeit in der Moschee?“ Die Kollegen auf der Wache lächeln milde.

Erstklässler, die in Gruppen auf dem Schulweg einzelne Viertklässler verprügeln und erpressen; Heranwachsende, die Obdachlosen Geld und Schnaps stehlen; Omas, die mit „alte Fotze“, „Schlampe“, angesprochen werden.

„Die Hemmschwelle für Respektlosigkeiten und Gewalttätigkeiten sinkt ständig. Hatten wir es vor fünf Jahren noch viel mit Diebstählen zu tun, ist es jetzt Raub unter Vorhalt des Messers,“ sagt Schultz.

Im Streifenwagen von Inga Herder und

Wolfgang Pawtowski kommt die Meldung: „Elfjährige mit Messer bedroht, sitzt zu Hause und weint.“

Mit ersten Informationen zu den Tätern beteiligen sich gleich mehrere Wagen an der Fahndung. Inga Herder und Wolfgang Pawtowski trösten das Mädchen in der elterlichen Wohnung und bekommen eine ziemlich genaue Personenbeschreibung. Auf einem Bürgerfest in dem kleinen Park in der Nähe sei sie von einem anderen Mädchen beschuldigt worden, ihr zwei Euro gestohlen zu haben. Auch jetzt, gegenüber den Beamten, weint sie vor Enttäuschung. Das Mädchen sei dann zu den größeren Jungen gelaufen. Brüder, Cousins und Onkel sind immer irgendwo in der Nähe. Ein älterer Junge fordert sie auf, das Geld herauszugeben und droht ihr mit dem Taschenmesser. Eine Passantin mit Hund rettet die Situation und bringt die Kleine nach Hause.

Inga Herder und Wolfgang Pawtowski fahren mit ihr zu dem Park an dessen Eingang ein Transparent auf das Bürgerfest hinweist - in türkischer Sprache. Die Kleine erkennt einige der Jungen wieder. Die Beamtin und der Beamte sind schnell von Kindern, Frauen, Männern und Jugendlichen umringt. Die Atmosphäre ist nicht direkt feindlich, aber spannungsgeladen. Die Kollegin aus dem Münsterland und der Kollege vom Bodensee wirken hier wie Wesen von einem anderen Planeten. Tatsächlich bekommen sie den Namen des Jungen heraus, ermitteln über Funk die Adresse. In der elterlichen Wohnung streitet der Junge zunächst alles ab, wird vom Vater aber davon überzeugt, die Wahrheit zu sagen. Tatsächlich hat es sich



so abgespielt, wie die Kleine berichtet. Das Messer wird dem Jungen abgenommen. Den beiden Beamten versichert der Vater, dass er genau so gehandelt hätte, wie sein Sohn, wenn „eine Frau“ ihn um Hilfe gebeten hätte. Das „Gespräch mit den Eltern“ des strafunmündigen Jungen war also für die Katz’.

Dass sich gleich mehrere Streifenwagenbesetzungen in die Fahndung eingeschaltet haben, hat mit Langeweile nichts zu tun, sondern ist Ergebnis von Erfahrungen und Teil eines Plans. Seit geraumer Zeit sind Streifenwagenbesetzungen oftmals nicht in der Lage, einfache Einsätze wie Verkehrsunfallauf-

starker Zuzug von Menschen libanesischer Nationalität festgestellt, über deren eigentliche Herkunft gemutmaßt wird, dass sie kurdische Türken sind, die über den Libanon als Bürgerkriegsflüchtlinge einreisen. Auch aus Nordafrika und neuerdings aus dem Irak werden Zuzüge beobachtet.

„Das ist unsere Stadt“

Türkische und libanesische Jugendliche beanspruchen den Stadtteil für sich. Auch gegenüber den Vertretern der staatlichen Ordnung: „Macht dass ihr wegkommt, das ist unsere Stadt!“ bekommen die ein-

Besitzer. Wenn die Beamten mit ihrer mobilen Wache unterwegs sind und ins Gespräch mit Alteingesessenen kommen, schlägt ihnen Resignation entgegen: „Hörense bloß auf!“

Wer kann, flüchtet. „Deutsche Geschäftsleute ziehen hier weg, sogar die Banken. Von denen ist nur noch die Sparkasse hier, „...wahrscheinlich haben die einen gesetzlichen Auftrag der Mindestversorgung.“

Nicht wenige haben den Eindruck, dass Marxloh von einer weiteren Umwälzung überrollt wird, die die mühsam erarbeiteten Regeln des Zusammenlebens im Stadtteil erneut umwerfen. Früher kam es

schon mal vor, dass ein älterer türkischer Mitbewohner ein Machtwort sprach und den über die Stränge schlagenden Jugendlichen Einhalt gebieten konnte. „Die traditionelle Achtung vor dem Alter schwindet. Die über 40jährigen, die hier seit langem wohnen und mit denen ein gutes Auskommen ist, beklagen sich selbst darüber. Allerdings nicht laut und unternehmen tun sie auch nichts.“

Mit einer Vielzahl von Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Diebstahls- und Raubdelikten liegt Duisburg-Marxloh im Vergleich mit den anderen 46 Stadtbezirken in der Kriminalstatistik im oberen Bereich. Von 1.000 Einwohnern sind

statistisch 136 Opfer von Straftaten.

Überrepräsentiert, gemessen an seiner Einwohnerzahl, ist bei den Delikten der Straßenkriminalität auch der linksrheinische Ortsteil Hochheide im Stadtbezirk Homberg. Markantestes Kennzeichen dieses Viertels sind sechs Hochhausscheiben mit jeweils 20 Etagen und 1.440 Wohnungen.

Zwei der Wohnscheiben sind leergezogen und zugemauert. In den anderen Häusern ist eine Subkultur, vornehmlich bestehend aus jungen Leuten, eingezogen. 80 Prozent aller in Duisburg registrierten irakischen Kurden wohnen dort, aber auch Ex-Jugoslawen, Weißrussen, Polen, Araber und Türken. Einer Räumung dieser Häuser steht eine Vielzahl kommunaler und zivilrechtlicher Probleme entgegen. Hoch-



Norbert Heidisch, Andreas de Fries und Jürgen Roski im Wachraum der Fußstreifenwache.

nahmen, Parkverstöße oder Verkehrsbehinderungen abzarbeiten, da sich sofort ein Menschaufmarsch bildet, der die Beamten in Bedrängnis bringt.

Ende Dezember 2007 wohnen in diesem Viertel 18.000 Einwohner. Der Anteil der Bewohner ohne deutschen Pass bewegt sich um die 33 v.H., davon 4.000 Einwohner türkischer/kurdischer Nationalität. Insgesamt wird der Anteil der Bevölkerung mit „Migrationshintergrund“ auf 60 Prozent geschätzt. Bei den wenigen Einwohnern deutscher Herkunft handelt es sich, so die Beamten, „meist um Alte, die hier mehr weg wollen oder können – oder es kommen ganz junge deutsche Familien auf der Leiter des sozialen Abstiegs hier unten an.“

In den letzten Jahren wird zudem ein

schreitenden Beamten zu hören. Axel Stickelbroeck: „So zivil, wie die Polizei hier mit Bürgern umgeht, kennen viele das aus ihren Heimatländern nicht. Dass wir nicht aus kleinstem Anlass mit aller Härte einschreiten, halten sie für Schwäche.“ Während die Revierkämpfe der Jugendlichen auf offener Straße ausgetragen werden, klären die Älteren die Frage, wer im Viertel das Sagen (und die Einnahmen) hat, eher hinter den Kulissen. Im großen Stil, so heißt es, würden ganze Straßenzüge aufgekauft, „Landsleute“ zu horrenden Mieten in Wohnhäusern untergebracht, in die aber kein Cent investiert wird.

Immobilien sind in Marxloh aufgrund des sehr übersichtlichen Kaufinteresses erschwinglich. Eigentumswohnungen wechseln schon mal für 5.000 Euro den



heide ist als „Äitsch-Town“ in YouTube-Videos und mehreren Rapp-Songs verewigt. Mit einer Arbeitslosenquote von rund 30 Prozent und einem Ausländer- plus Migrationshintergrundanteil kommt Hochheide an ähnliche Werte wie Marxloh. Einen Eid auf diese Zahlen würde aber niemand ableisten.

Auch hier kommt es sei einigen Jahren immer wieder zu Konfrontationen mit anderen Bewohnern und mit Polizeikräften. Im November wird ein nichtsesshafter „Scheißdeutscher“ beraubt, mit der Bekundung, dass „dies unsere Stadt ist“, wo er „nichts zu suchen hat.“

Bei den Krawallen in der Sylvesternacht 2007 werden gezielt Polizeikräfte angegriffen, was offensichtlich nicht spontan erfolgt. Dass dabei ausschließlich von Deutschen betriebene Geschäfte Ziel von Plünderung und Beschädigung werden, während die von Migranten betriebenen Läden unversehrt bleiben, bestreitet keiner.

Anwohner resignieren

Gespräche der Polizei mit Bewohnern machen deutlich, wie wenig auskunftstark die Kriminalstatistik ist, die in Diskussionen über Auseinandersetzungen mit ethnischen Gruppen immer wieder für den Beleg herhalten muss „dass doch alles übertrieben“ wird. Anwohner klagen über Belästigungen im täglichen Leben, die selten den Bereich der Strafbarkeit erreichen und selten oder gar nicht zur Anzeige gebracht werden. Dazu gehören Rempeln, Anspucken, Weg versperren, Ruhe störung und ein allgemein lautes und aggressives Auftreten. Mit dem ostentativen Griff an die Eier werden Frauen und Mädchen unverhohlen angestarrt, nicht-muslimischen Mädchen „Hure“ und „Fick Dich“ hinterhergerufen.

In den Ghettos ist die Brutalität etabliert: Ständig derbe Beleidigungen, Demütigungen und physische Gewalt. Gangsta-Rapper wie Bushido oder Massiv verherrlichen in ihren Texten Gewalt. „Jahrelang wurde die zunehmende Brutalität und Kriminalisierung in diesen Kreisen ignoriert, weil sie sich bislang hauptsächlich innerhalb des Milieus verheerend ausgewirkt haben.“ sagt der Jungregisseur Özgür Yildirim, der mit „CHIKO“ einen Film über Ghettos, Kriminalität, Drogen und Gewalt gedreht hat, gegenüber der taz.

„ Wir fordern Null-Toleranz bei Übergriffen gegen Polizisten “

*Frank Richter, Vorsitzender des Landesbezirks
Nordrhein-Westfalen*

Berlin-Kreuzberg und Neukölln haben diese Entwicklungen zu medialem Ruhm verholfen. Doch gibt es keine größere Stadt in Deutschland, die solche Viertel nicht kennt. Auf einem Arbeitsschutzsymposium der Gewerkschaft der Polizei in Potsdam mit 150 Personalräten und Wissenschaftlern, beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“. Rasch wird klar, dass die steigende Gewalt und Aggressivität gegen Bürger und Polizisten kein Phänomen einiger Stadtviertel in Ballungsräumen ist. Gewalt und Aggressivität sind auch kein Privileg ausländischer Gruppen oder Jugendlicher und Heranwachsender mit Migrationshintergrund. Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet berichten von solchen Entwicklungen, sogar auf dem platten Land. Immer häufiger haben sie bei Einsätzen die Schusswaffe in der Hand. Im Süden wird über die Einführung von Teleskopschlagstöcken diskutiert, anderswo, wie in Berlin, stimmt der Polizeipräsident dem „Tonfa“ zu. Weit über 3000-mal wurden im Jahr 2006 in Berlin Polizisten attackiert - eine Steigerung von zehn Prozent gegenüber dem Jahr 2005. „Die

Uniform ist nicht mehr Schutzschild, sondern Zielscheibe“, sagt ein Tagungsteilnehmer. Eberhard Schönberg, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks: „Nahezu täglich, wir schätzen rund 200 Mal im Jahr, kommt es in bestimmten Stadtteilen Berlins zu Zusammenrottungen von Passanten, die sich gegen die Polizei wenden. In vielen Fällen werden Gefangenenbefreiungen versucht. Kollegen schilderten Lagen, in denen sie nicht mehr funken und sich nur unter Androhung des Schusswaffengebrauchs durchsetzen konnten.“ >



Frank Richter, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen und im geschäftsführenden Bundesvorstand für den Arbeitsschutz bei der Polizei zuständig: „Zu den Belastungen im Polizeidienst zählt mittlerweile auch die zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Kolleginnen und Kollegen. Ebenso die überall mangelnde Personalstärke. Heute weiß jeder, dass er in einem Einsatz aus noch so geringem Anlass zu jeder Tag- und Nachtzeit in Bedrängnis geraten und angegriffen werden kann. Weiß man dann, dass es keine Reserve mehr auf der Dienststelle gibt, die bei einem Notruf helfen kann, fühlt man sich hilflos und ausgesetzt.“

Weert Albers, Personalrat und Vorsitzender der Duisburger Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Immer häufiger stehen die Kolleginnen und Kollegen vor der Frage: Greife ich hier ein und was wird daraus? Auf der Straße kann es jederzeit zu Auseinandersetzungen kommen. Während vor Gericht der meist jugendliche Täter straffrei bleibt, hängt ein Disziplinarverfahren selbst wegen der unsinnigsten Anschuldigung gegen den Beamten noch lange nach. Die Beamtinnen und Beamten fühlen sich im Stich gelassen von Politik und Öffentlichkeit. Auch von ihrer Behörde erwarten sie mehr Unterstützung.“

Das Gefühl, sich unnützlich in Gefahr zu begeben, vor allem wenn es um die Bekämpfung der ständig steigenden Jugend- und Gewaltkriminalität geht, macht sich



Diskussion im Personalratsbüro: Axel Stickelbroeck, Jürgen Kahl, Weert Albers, Alex Prim, Thordis Spirres.

immer mehr breit. Die Fakten geben der Polizei Recht.

Gefängnis nur für Wenige

Der Innenministerkonferenz liegt auf ihrer Frühjahrssitzung Ende April der vertrauliche Bericht einer bundesweiten Arbeitsgruppe zur inneren Sicherheit vor. Er beklagt, dass junge Gewalttäter in Deutschland fast immer straffrei davorkommen. Gerichtsverfahren würden meist

eingestellt oder Jugendstrafen zur Bewährung ausgesetzt. Im Gefängnis landeten nur wenige Verurteilte. Der Bericht stellt weiter fest, dass ein verschwindend geringer Anteil der Schläger und Räuber zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt wird. Als Gewalttat gelten bundesweit wie schwere Körperverletzung, Totschlag und Raub, nicht aber einfache Körperverletzung. Die Arbeitsgruppe empfiehlt den Innenministern und -senatoren einen Maßnahmenkatalog. Darin wird auch vorgeschlagen, die Herkunft von jugendlichen Tatverdächtigen bundesweit zu erfassen und die Daten über den Einfluss von Mehrfaktoren auszuwerten. Auch Hamburgs Innenminister Udo Nagel plädiert gegenüber Welt-online dafür, den „Migrationshintergrund“ von Straftätern in die Statistik aufzunehmen: „Sorgen bereiten uns die ausländischen Jugendlichen und Jung erwachsenen der sogenannten dritten Generation.“

Die Opferschutzorganisation Weißer Ring kritisiert insbesondere die hohe Zahl der Einstellungen ohne Gerichtsverfahren. Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts hält die Organisation für kontraproduktiv. Dem stimmt auch Frank Richter, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen zu: „Die vorhandenen Möglichkeiten des Jugendstrafrechts müssen ausgeschöpft werden ausgeschöpft werden.“

Zwar ist die Rückfallquote von Haftentlassenen hoch: Das Kriminologische Forschungsinstitut Hannover beziffert sie beim Jugendarrest auf 71 Prozent der Entlassenen, nach Haftstrafen beträgt sie sogar 80 Prozent.

Frank Richter: „Das wundert mich nicht.“



Weert Albers, Personalrat und Vorsitzender der Duisburger Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeipräsident von Duisburg, Rolf Cebin (v.l.)



Wer dort überhaupt landet, hat schon eine steile Karriere hinter sich mit Dutzenden von Straftaten, nach denen keine Sanktionen erfolgten. Die Entwicklung zum Schwerekriminellen vollzieht sich nicht im Arrest oder in der Haft, sondern durch das folgenlose Begehen von Straftaten vorher. Wenn sie endlich im Knast landen, ist kaum noch etwas zu retten.“ Diese Sichtweise findet unter Experten immer mehr Anhänger.

Nicht zurückweichen

Die Polizei in Duisburg will nicht resignieren. Für die belasteten Stadtteile hat sie Sicherheitsprogramme entwickelt. Sie sehen präventive und repressive Maßnahmen vor und sollen die Ansprechbarkeit der Polizei für die Bürgerinnen und Bürger verbessern. In der Erkenntnis, dass gelegentliche Schwerpunkteinsätze nicht zum Erfolg führen, hat sich Polizeipräsident Rolf Cebin für

langfristige Strategien entschieden. Cebin: „Dazu gehört der Einsatz von Doppelfußstreifen und Verkehrskontrollen, konsequentes Einschreiten und Ahndung aller Verstöße, auch geringer Ordnungswidrigkeiten.“ Seine Beamtinnen und Beamten sollen konsequent Platzverweise erteilen und auch Ordnungswidrigkeiten anzeigen. Mutig hat die Duisburger Polizei die belasteten Gegenden als „Angsträume“ bezeichnet, was vielen Politikern nicht passt.

Cebin: „Wir dürfen die Fakten nicht unterdrücken, aus Angst, in der türkischen Nationalzeitung verrissen zu werden, weil sonst die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates auf dem Spiel steht. Wir wollen, dass allen Bewohnern der Stadt ein angstfreier Gebrauch ihrer Grund- und Freiheitsrechte ermöglicht wird, in dem Handel, Fußgängerverkehr und Kommunikation im öffentlichen Raum ohne aggressive Störung stattfinden.“

Die Entwicklung in seiner Stadt macht ihm Sorge. „Wir müssen das polizeilich Erforderliche rigoros durchsetzen und dürfen nicht zurückweichen. Es ist unerträglich, wenn Bürger eine Vermeidungshaltung entwickeln müssen und bestimmte Straßen und Plätze gar nicht mehr oder nicht mehr in den Nachmittags- und Abendstunden aufsuchen.“

Rolf Cebin, der „rote Preuße“, wie er genannt wird, kennt das Geschäft seit über 20 Jahren und zieht nach zahllosen runden Tischen, interkulturellen Dialogen und -Konferenzen eine eher nüchterne Bilanz: „Von echter Integration ist nichts zu spüren.“ Jahrelang ging eine muslimische Klassenkameradin seiner Tochter in seinem Haus ein und aus, feierte mit auf allen Kindergeburtstagen: „Jetzt trägt sie einen Schleier und lässt sich nicht mehr blicken.“

Text und Fotos: Rüdiger Holeczek

Polizeibeamte mit Migrationshintergrund

Wie kommt ein junger Türke auf die Idee sich bei der Polizei zu bewerben? Wie sind seine Erfahrungen? Muss man bei der Nachwuchswerbung etwas ändern? Heinz Werner Gabler sprach darüber mit Ali Yarisan, Polizeibeamter türkischer Abstammung, von der Polizeiinspektion Wörth in Rheinland-Pfalz.

Die Berufswahl Polizist ist nicht unbedingt typisch. Wie bist Du auf die Idee gekommen, Dich bei der Polizei zu bewerben?

Ich habe einen Freund zu einem Gesprächstermin bei der Berufsberatung des PP Karlsruhe begleitet. Hier habe ich dann erfahren, dass für eine Bewerbung bei der Polizei die deutsche Staatsangehörigkeit nicht Voraussetzung ist. Das und die Berufsaussichten haben mein Interesse geweckt. Ich habe mich dann in Rheinland-Pfalz erkundigt und anschließend beworben.

Ali, Deiner Aussage ist zu entnehmen, dass der Umstand, keine deutsche Staatsangehörigkeit für eine Bewerbung bei der Polizei vorweisen zu müssen, bei ausländischen Mitbürgern nicht so bekannt ist?

Das ist richtig. Dieser Hinweis müsste bei der Nachwuchswerbung bei ausländischen Interessenten stärker dargestellt werden. Auch die guten Voraussetzungen während der Ausbildung und die späte-

ren Verdienstmöglichkeiten sind in weiten Teilen der ausländischen Bevölkerung nicht bekannt.

Deinen Äußerungen kann man entnehmen, dass die Frage der Bewertung und des Ansehens der Polizei eine Rolle bei der Berufswahl spielt?

In der Türkei ist es nicht unbedingt ein Traumjob Polizeibeamter zu werden. Das Ansehen der türkischen Polizei in der Bevölkerung ist eher geprägt von Misstrauen und Angst, als von Respekt und Ansehen, wie das hier in Deutschland der Fall ist. In den letzten Jahren hat sich zwar das Ansehen der türkischen Polizei verbessert, ist jedoch nach wie vor nicht vergleichbar. Die deutsche Polizei genießt ein hohes Ansehen in den türkischen Bevölkerungsschichten. Mit einem verbesserten Informationsangebot für die Eltern zu den Themen Ausbildung – in Rheinland-Pfalz immerhin ein Studium –, Verdienstmöglichkeiten und Aufstiegschancen wäre wichtig, um mehr Interesse zu wecken.

Bei der Berufswahl eines jungen Menschen türkischer Abstammung spielen anscheinend die Meinungen der Eltern eine große Rolle. Muss man die Nachwuchswerbung dahin gehend verbessern?

Es gibt viele junge Ausländer die eine gute Schulbildung haben und sehr gut deutsch sprechen. Diese Deutschkenntnisse sind auch notwendig, um die Ausbildung zu bestehen und den Beruf des Polizisten ausüben zu können. Die älteren Generationen sind nicht immer in der Lage, deutsche Informationsmaterialien lesen zu können. Daher wäre es gut, wenn die Informationsbroschüren auch in andere Sprachen übersetzt würden. Nicht für die Bewerber, die müssen wie gesagt gut deutsch können, sondern zur Information der Eltern. Bei ausländischen Mitbürgern spielt die Meinung der Eltern eine große Rolle, nicht die alleinige aber eine wichtige.

Wenn die Eltern bei der Nachwuchsgewinnung eine Rolle spielen, wie kann man die Eltern dann erreichen?

Ich gehe in Moscheen und spreche mit den Eltern. Ich habe türkisch übersetzte Informationen und stoße mit diesen Maßnahmen auf großes Interesse. Dies wäre eine Möglichkeit, um auf die Eltern zugehen zu können. In den Moscheen kann man diese Informationen auch auslegen.

Ali, Du hast schon daraufhin gewiesen, dass gute Deutschkenntnisse unbedingt notwendig sind. Sollten spezielle Deutschtests im Vorfeld oder während der Ausbildung angeboten werden?

Amtsdeutsch ist eine besondere Form des Deutschen. Hier wären Angebote wünschenswert. Aber nicht speziell für Ausländer sondern für alle Bewerber-



Ali Yarisan hatte mehr zufällig erfahren, dass für eine Bewerbung bei der Polizei die deutsche Staatsangehörigkeit nicht Voraussetzung ist. Foto: privat

innen und Bewerber. Die Interessenten mit ausländischem Hintergrund sollen keine Sonderbehandlung haben, das wäre nicht gut und auch nicht richtig.

Hast Du im täglichen Dienst schon Probleme gehabt, weil du Ausländer bist?

Die Ausländerquote bei der Polizei ist niedrig. Daher ist es eben noch nicht Normalität. Dass der eine oder andere Blick oder die eine oder andere Äußerung kommt, ist vollkommen normal, hat aber mit Diskriminierung oder Ähnlichem nichts zu tun. Vor 20 Jahren war es auch noch kaum denkbar, dass Frauen die Uniform tragen. Ich möchte meinen Dienst machen wie jeder andere auch. Dazu ist es notwendig, sich dann auch so zu verhalten wie jeder andere Kollege und jede andere Kollegin. Bestimmte Bräuche und Sitten sollte man im täglichen Dienst unterlassen. Ich spreche alle Mitbürger deutsch an, wenn jemand nicht deutsch sprechen kann, spreche ich mit ihm in meiner Muttersprache unter Einbeziehung meiner Kollegen. Dies ist ja auch so gewollt und ein positiver Aspekt von Polizisten mit ausländischer Abstammung.



GdP fordert DUZ anzuheben

Erschwerniszulagen, wie die Schicht- und Wechselschichtzulage, die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten und zusätzliche Freischichten bedürfen einer dringenden Anpassung an die veränderten Bedingungen des heutigen Schichtdienstes. Die Verlagerung der Besoldungshoheit auf die Länder und auf den Bund für die Bundesbeamtinnen und -beamten ist Ergebnis der Föderalismusreform. Damit werden landesspezifische Regelungen im Besoldungsrecht und damit auch bei der Gewährung von Erschwerniszulagen möglich und erforderlich.

Der GdP-Bundesvorstand hat das Ergebnis einer Arbeitsgruppe des Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht, die sich mit dem Themenkomplex „Erschwerniszulagen für Polizeibeamtinnen und beamtete“ auseinandergesetzt und gewerkschaftliche Forderungen entwickelt hat, als Leitlinie für die Umsetzung auf der Ebene der Länder und des Bundes beschlossen. Hier wesentliche Aspekte des Arbeitsergebnisses.

Die Erschwerniszulagenverordnung regelt aktuell für die Beamtinnen und Beamten noch bundeseinheitlich die Voraussetzungen für die Gewährung von Schicht- und Wechselschichtzulagen und deren Höhe sowie die Gewährung von Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten.

Im Grundsatz gilt, dass Erschwerniszulagen nur zur Abgeltung besonderer, bei der Bewertung des Amtes oder bei der Regelung der Anwärterbezüge nicht berücksichtigter Erschwernisse gezahlt werden. Sie sind nicht ruhegehaltstauglich.

Für die Gewährung von Schicht- und Wechselschichtdienstzulagen gilt:

Die geltende Erschwerniszulagenverordnung unterscheidet bei den Schichtdienstzulagen grundsätzlich zwischen einer Zulage für Wechselschichtdienst und Zulagen für Schichtdienst.

Die Wechselschichtdienstzulage erfordert einen Dienstplan, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Wechselschichten vorsieht und dabei in je 5 Wochen durchschnittlich 40 Dienststunden in der dienstplanmäßigen Nachtschicht geleistet werden.

Eine Schichtdienstzulage wird gewährt, wenn ständig Schichtdienst zu leisten ist (Dienst nach einem Dienstplan, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Zeitabschnitten von längstens einem Monat vorsieht).

Die Wechselschichtdienstzulage beträgt 102,26 Euro, die übrigen Schichtzulagen sind nach dem Umfang der Schichtdienste gestaffelt und betragen 61,36 Euro, 46,02 Euro oder 35,79 Euro.

Allerdings reduzieren sich die Zulagen auf die Hälfte des Betrages bei Empfängern der Polizeizulage!

Die Einführung bedarfsorientierter Schichtdienstmodelle (z. B. „BSM“ oder „DSM“) in den Polizeien der Länder und des Bundes ist in den letzten Jahren in vielen Dienstbereichen, insbesondere im klassischen Wach- und Wechseldienst, zur Re-



gel geworden. Die klassischen Schicht- und Wechselschichtdienstmodelle mit ihren langfristig vorplanbaren Diensten nach festen Schichtplanstrukturen bei gleichmäßiger Verteilung der Dienste werden durch sie abgelöst.

Diese besonders belastenden Dienste lassen sich nur unvollkommen durch an festen Schicht- oder Wechselschichtzulagen, wie sie in der aktuellen Erschwerniszulagenverordnung abgebildet werden, abgelten.

Mit der Einführung bedarfsorientierter Schichtdienstmodelle wird eine hohe Flexibilität und Effektivität beim Personaleinsatz im gefordert, um die Folgen des Personalmangels abzufedern. Eine verbindliche Dienstvorplanung der Schichtdienstleistenden erfolgt regelmäßig nur noch kurzfristig und eine Verschiebung der zu leistenden Dienste auf bestimmte Wochentage (Freitag u. Wochenende) und Schichten (Spät- und Nachtdienste) findet mit den bekannten belastenden Folgen für das soziale Umfeld der Schichtdienstleistenden statt. Zusätzlich werden neue Schichtdienste („Lapperdienste“) eingeführt.

Die Organisation des Schichtdienstes auf der Basis bedarfsorientierter Schichtdienstpläne erhöht für die Schichtdienstleistenden zusätzlich die ohnehin schon vorhandenen Belastungen. Im Streitfall allerdings kann genau diese Organisation des Schichtdienstes für die Schichtdienstleistenden dazu führen, dass auf der Basis der geltenden Rechtslage ein Anspruch auf Gewährung der vollen Wechselschichtzulage in Frage gestellt werden könnte.

Unsere Forderungen zur Anpassung der Schicht- und Wechselschichtdienstzulagen lauten deshalb:

- Die Zulage der Polizeizulage darf sich nicht mehr negativ auf die Höhe der Schicht- und Wechselschichtzulage auswirken!
- Bedarfsorientierte Schichtdienstmodelle müssen in den Erschwerniszulagenverordnungen definiert werden. In ihrer Höhe ist sie der Wechselschichtdienstzulage anzupassen!
- Teilzeitbeschäftigte sollen eine ungekürzte Schicht- oder Wechselschichtzulage erhalten, wenn die Voraussetzungen für die Zahlung erfüllt werden (z.Zt. wird die Zulage nach § 6 BBesG auch in diesen Fällen entsprechend der Stundenzahl gekürzt)!
- Volle Wechselschichtdienstzulage auch für geschlossene Einheiten und Aufrufeinheiten!

Für die Gewährung einer Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten gilt zurzeit:

Die Zulage wird in Stunden berechnet. Für Dienst über volle Stunden hinaus wird die Zulage anteilig gewährt.

Dienst zu ungünstigen Zeiten ist der Dienst

1. an Sonntagen und gesetzlichen Wochenfeiertagen (West: 2,72 Euro / Ost: 2,52 Euro)
2. an Samstagen nach 13.00 Uhr (West: 0,77 Euro / Ost: 0,71 Euro)
3. an den Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12.00 Uhr, am 24. und 31. 12 jeden Jahres, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen (West: 2,72 Euro / Ost: 2,52 Euro)
4. an den übrigen Tagen in der Zeit zwischen 20.00 Uhr und 06.00 Uhr (West: 1,28 Euro / Ost: 1,18 Euro)

Die empfundenen Belastungen durch Dienste zu ungünstigen Zeiten werden durch die geltenden Regelungen nur unzureichend abgebildet (z. B. Nachtdienst Freitag auf Samstag):

Unsere Forderungen zur Anpassung der Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten lauten deshalb:

- Die Gewährung von DUZ muss auf Anschlusszeiten ausgedehnt werden!
- Eine Vereinfachung der Zulagernregelung durch eine „Neuordnung“ der Dienste zu ungünstigen Zeiten in höchstens zwei Stufen!
- Deutliche Anhebung der Zulage für DUZ (5 Euro je Stunde)!

Die Länder und der Bund werden von ihren Kompetenzen im Besoldungsrecht Gebrauch machen. Im Angesicht der tariflichen Auseinandersetzungen im Handel über die Zahlung von Zuschlägen hat sich die GdP für die anstehenden Verhandlungen mit den Landesregierungen und auf Bundesebene gut gerüstet.

Udo Linnenbrink





Regelungen zur automatisierten Kfz-Kennzeichenerfassung in Hessen und Schleswig-Holstein nichtig

Das Bundesverfassungsgericht hat mit einem Urteil vom 11. März 2008 (Az: 1 BvR 2074/05; 1 BvR 1254/07) den Verfassungsbeschwerden mehrerer Kfz-Halter gegen polizeirechtliche Vorschriften in Hessen und Schleswig-Holstein, die zur automatisierten Erfassung der amtlichen Kfz-Kennzeichen berechtigen, stattgegeben. Die Regelungen wurden vom 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) für nichtig erklärt. Sie verletzen nach Auffassung des Gerichts das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Beschwerdeführer in dem sie ihr Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung rechtswidrig beeinträchtigen. Nach Auffassung der Bundesrichter hat der Einzelne aufgrund des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung einen Anspruch darauf, dass seine personenbezogenen Informationen nicht im Zuge automatisierter Informationserhebung zur Speicherung mit der

Möglichkeit der Weiterverwertung erfasst werden. Das Gericht weist ausdrücklich darauf hin, dass ein Eingriff in den Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung nicht gegeben sei, wenn der Abgleich mit dem Fahndungsbestand unverzüglich vorgenommen werde und technisch gesichert sei, dass die Daten im Falle eines negativen Ergebnisses anonym bleiben und sofort spurlos und ohne die Möglichkeit, einen Personenbezug herzustellen, gelöscht würden. Einen Eingriff in das Grundrecht liege aber eindeutig vor, wenn ein erfasstes Kennzeichen im Speicher festgehalten werde und ggf. Grundlage weiterer Maßnahmen werden könne. Dies liege aber vor, wenn das Kfz-Kennzeichen im Fahndungsbestand aufgefunden wird, da es ab diesem Zeitpunkt zur Auswertung durch staatliche Stellen zur Verfügung stehe.

Die Richter des 1. Senates stellen fest, dass die vorliegend zu beurteilende automatisierte Kennzeichenerfassung je nach Verwendungskontext zu Grundrechtsbeschränkungen von unterschiedlichem Gewicht führen könne. Diene sie allein dem Zweck, gestohlene Fahrzeuge ausfindig zu machen und deren Fahrer an der Weiterfahrt zu hindern bzw. zur Verhinderung von

Anschlussdaten, sei die Tiefe des Grundrechtseingriffs vergleichsweise gering. Wenn jedoch die automatisierte Kennzeichenerfassung dazu dienen solle, die gewonnenen Informationen für weitere Zwecke zu nutzen, etwa um Aufschlüsse über das Bewegungsverhalten des Fahrers zu gewinnen, so erhalte der Eingriff dadurch eine wesentlich stärkere Grundrechtsrelevanz. Vor allem durch längerfristig oder weiträumig vorgenommene Kennzeichenerfassung seien Eingriffe von erheblichem Gewicht möglich.

Die für nichtig erklärten Bestimmungen genügten nicht der Voraussetzung der Normenbestimmtheit und -klarheit. Die angegriffenen Vorschriften erlaubten die Kennzeichenerfassung „zum Zwecke“ des Abgleichs mit dem Fahndungsbestand. Dadurch sei jedoch weder der Anlass noch der Ermittlungszweck ausreichend benannt, dem sowohl die Erhebungen als auch der Abgleich dienen sollte. Die durch die Begriffe „Fahndungsbestand“ und „Fahndungsnotierung“ beabsichtigte Präzisierung genüge ebenfalls nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen. Es bestünde die Gefahr, dass die vorliegenden gesetzlichen

Fortsetzung auf Seite 25

Mehr Frust als Lust

Frank surft gerne im Internet. Er informiert sich in der Datenbank Wikipedia, erkundet neue Reiseziele, Landschaften und Städte bei Google Earth, löst Sudoku-Rätsel oder liest Tageszeitungen online. Das Problem aus Sicht seines Dienstherrn: Nicht zu Hause, sondern im Büro treibt er stundenlang durch das weltweite Netz. Er hat gelernt, seine Nebenbeschäftigung geschickt zu verheimlichen. Wenn Gefahr droht, wenn sich Kollegen oder gar Vorgesetzte seinem Computer nähern, genügt ein einziger Mausklick, und wie von Zauberhand erscheint ein offensichtlich betrieblicher Vorgang auf dem Bildschirm.

Claudia arbeitet seit vielen Jahren in stets der gleichen Abteilung. Berufliche Aufstiegsmöglichkeiten sieht sie keine, anspruchsvolle Aufgaben jenseits der eingefahrenen Vorgänge bekommt sie von ih-

Nicht nur Stress, Arbeitsverdichtung und Leistungsdruck prägen den Arbeitsalltag in vielen Büros, sondern mancherorts auch stupide Aufgaben, Leerlauf und Unterforderung. Die Beschäftigten haben vielleicht alle Hände voll zu tun, können aber in zugewiesenen Routine-tätigkeiten ihre Potenziale nicht entfalten.

Mittagspause unauffällig auf zwei Stunden aus.

Frank und Claudia, ihre wirklichen Namen lauten selbstverständlich anders, fühlen sich in ihren Büros gefrustet und

gebnis: eine geringe Produktivität durch manchmal nur simulierte Leistung und verstecktes Nichtstun. Das macht weder das Unternehmen noch die Beschäftigten glücklich.

Den Sinn nicht sehen

Vom „Bore-out-Syndrom“, einem Zustand von Interessenlosigkeit und Antriebschwäche, sprechen neuerdings Psychologen und Unternehmensberater (siehe Kasten). Das Wort spielt auf den bereits bekannten englischen Begriff „Burn-out“ an, der die häufigere Kehrseite, die ständige Überforderung durch ein zu hohes Leistungspensum, beschreibt. Zwischen den beiden Symptomen besteht allerdings bisweilen ein Zusammenhang; der Bore-out entwickelt sich sozusagen im Schatten des Burn-out. „In einem Team reißen ein oder zwei Leute die Arbeit an sich, für den Rest bleibt wenig übrig“, beschreibt der Schweizer Berater Philippe Rothlin ein typisches Beispiel. Während die eine Gruppe interessante Aufträge erledigt und unter Dauerstress stehe, erlebe die andere Unterbeschäftigung und fehlende Herausforderung. „Die Leute sind nicht faul, sie werden faul gemacht“ lautet Rothlins Fazit.

Überarbeitete Vorgesetzte delegieren an ihre Untergebenen nur stupide Routine-tätigkeiten, deren Sinn diese manchmal nicht einsehen oder die sie gar für „Beschäftigungstherapie“ halten. In bestimmten beruflichen Phasen auch



Langeweile im Büro: Wer sich während der Arbeitszeit in Online-Auktionshäusern tummelt, kann Ärger bekommen.

Foto: Jens Schierenbeck dpa

rem Chef nicht – obwohl sie in Mitarbeitergesprächen immer wieder darum gebeten hat. Ihre Gegenstrategie: Die Arbeitsaufträge, die eigentlich schnell erledigt sein könnten, zieht sie in die Länge. Außerdem verbringt sie viel Zeit mit Gesprächen in der Teeküche und dehnt die

zu wenig gefordert. Dass sie sich langweilen und nur noch private Fluchtwege sehen, ist keineswegs ihr persönliches Problem, sondern vorrangig das ihrer Vorgesetzten. Diese nämlich haben es offenbar versäumt, die Mitarbeiter entsprechend ihrer Möglichkeiten einzusetzen. Das Er-

mal weniger gefordert zu sein, ist nur anfangs ein Grund zur Freude – und nur für denjenigen wirklich entspannend, der zuvor eine erfüllende Aufgabe zur allseitigen Zufriedenheit gelöst hat. Wenn aber Anerkennung und Respekt dauerhaft ausbleiben und eine Änderung der Situation



nicht erkennbar ist, werden Ablenkungen wie Besuche im Büro der Kollegen oder das ständige Surfen im Netz immer wichtiger. Ein Teil der Mitarbeiter macht nur



Die Leute sind nicht faul, sie werden faul gemacht.



Philippe Rothlins

noch „Dienst nach Vorschrift“. Manche bekommen ein schlechtes Gewissen oder fühlen sich gar wie Schmarotzer. Dabei handelt es sich im Kern um ein Versäumnis der Führungskräfte, die sich nicht detailliert genug mit den Möglichkeiten und Fähigkeiten ihrer einzelnen Mitarbeiter auseinandersetzen.

Quälende Monotonie bei der Arbeit ist keineswegs ein Phänomen, das nur in Berufen mit ständig wiederkehrenden Tätig-

ren kann ebenfalls sehr öde sein. Das Gefühl der Unterforderung kommt nicht nur in automatisierten Prozessen auf, wenn Arbeitnehmer ständig dieselben Handgriffe erledigen oder dasselbe Sprüchlein aufsagen müssen. Sie kann auch entstehen, wenn keine beruflichen Profilierungschancen bestehen oder der Sinn einer Tätigkeit schwer nachvollziehbar ist.

Demonstrative Geschäftigkeit

Unausgelastetsein am Arbeitsplatz ist ein Tabu. Sozial erwünscht ist das Gegenteil: Immer viel zu tun haben, über ständigen Stress klagen und demonstrativ besonders lange bleiben. Dann kaschieren die Betroffenen ihr mangelndes Engagement mit hohem Aufwand. In dem Bemühen, auf keinen Fall als Drückeberger zu gelten, orientieren sie ihr Verhalten paradoxerweise ausgerechnet an den Vielarbeitern, die durch ihr hohes Pensum „ausgebrannt“ sind.

In den meisten Betrieben herrscht eine „Anwesenheitskultur“, wie sie Arbeitswissenschaftler bezeichnen: Stets geben sich alle geschäftig. Der Aktenkoffer, der signalisiert, dass man sich Arbeit mit nach Hause nimmt, ist vor dem Gehen demonstrativ gut gefüllt. Die Putzfrauen werden gebeten, abends nicht das Licht zu löschen, um die Dauerpräsenz einer Führungskraft vorzutäuschen. Hinter der angelehnten Bürotür fällt der Blick sofort auf das über den Stuhl gehängte Zweitjackett – es soll signalisieren, der Besitzer sei nur mal eben auf der Toilette, in Wirklichkeit ist er längst auf dem Heimweg, im Zug oder auf der Autobahn.

Solche Tricks als persönliche Antwort auf fehlende Anerkennung ist ein typisches Büro-Phänomen. Denn dort bleiben die Arbeitsziele der einzelnen Mitarbeiter meist unklarer als etwa in Handwerk und Industrie. „Ein Schweißer kann nicht so tun, als würde er schweißen, und ein Maurer nicht vortäuschen, eine Mauer hochzuziehen“, bringt es Unternehmensberater Rothlin auf den Punkt. Klarer messbar ist die Leistung von Kellnern, Busfahren oder Polizeibeamten im Außendienst: „Nur Menschen, die an einem Schreibtisch arbeiten, können einen Bore-out bekommen.“

Gesundheitliche Risiken

Die für andere meist unsichtbare Distanz zur eigenen Tätigkeit ist also auch ein

Burn-out und Bore-out

Der englische Begriff „Burn-out“ bedeutet wörtlich „ausgebrannt“. Er beschreibt, dass Angestellte unter überhöhtem Leistungsdruck und ständiger Überforderung leiden. In Anspielung darauf kursiert jetzt zusätzlich der Begriff „Bore-out“ (von „to bore“, sich langweilen) als Zustand chronischer Missmutigkeit von Arbeitnehmern. Aufgebracht haben das Wortspiel die Schweizer Unternehmensberater Philippe Rothlin und Peter Werder. In ihrem gemeinsamen Buch zum Thema behaupten sie, dass rund fünfzehn Prozenten der Beschäftigten im Dienstleistungssektor vom Phänomen „Bore-out“ betroffen sind.

Lesetipp: Philippe Rothlin, Peter Werder: Diagnose Boreout – Warum Unterforderung im Job krank macht. Redline Wirtschaftsverlag, 144 Seiten, 17,90 Euro.

keiten auftaucht. Neben Lastwagenfahrern, Fließbandwerkern, Kassiererinnen oder Sicherheitsleuten können sich auch Bürokräfte unausgelastet fühlen – selbst wenn sie scheinbar „alle Hände voll zu tun“ haben. In stundenlangen Konferenzen zu sitzen, dort den stets gleichen Wortführern andächtig zuhören zu müssen oder im Callcenter auf immer wieder ähnliche Kundenbeschwerden zu reagie-



betriebswirtschaftliches Problem. Wenn sich Menschen zum Beispiel regelmäßig mit Dingen beschäftigen müssen, für die sie eigentlich überqualifiziert sind, sinkt ihre Aufmerksamkeit, Fehler passieren, das Unfallrisiko steigt. Die britische Psychologin Sandi Mann von der Universität Lancashire weist in ihrer Untersuchung auf die wachsenden Gesundheitsgefährdungen durch Unterforderung im Beruf hin. Schon allein das Gefühl, weitgehend überflüssig zu sein, betrachtet sie als starke persönliche Kränkung. Als mögliche Folgen dauerhafter Unzufriedenheit listet sie unter anderem psychosomatische



Langeweile im Job: Das Bore-out-Syndrom

Foto: dpa

Beschwerden, Herzleiden oder Rückenschmerzen auf.

Krankgeschriebene Arbeitnehmer liegen ebenso wenig im Interesse der Personalabteilungen wie unproduktives Verhalten. Dennoch tun Firmen bisher vergleichsweise wenig, um Arbeitsplätze abwechslungsreicher zu gestalten. Auch bei den Krankenkassen ist das Thema Leerlauf am Arbeitsplatz – im Gegensatz etwa zum Phänomen Mobbing – bisher nicht angekommen. Gängige ärztliche Diagnosen wie Stress oder Depression können vielfältige Ursachen haben – eine davon lautet, dass Beschäftigte mit ihrem Wunsch nach Abwechslung und interessanten Arbeitsaufträgen bei den Personalverantwortlichen kaum Gehör finden.

Eine aktuelle Befragung des Marktforschungsinstituts Gallup ergab, dass sich 87 % der deutschen Beschäftigten nicht oder nur wenig mit ihrem Arbeitgeber identifizieren; 19 % antworteten sogar, innerlich bereits gekündigt zu haben. Jeder siebte Arbeitnehmer hierzulande fühle sich unterfordert, stellt die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in einer Studie fest. Den ökonomischen Schaden des daraus entstehenden Frustes schätzen Volkswirte auf dreistellige Milliardenbeträge.

Hier liegt eine wichtige politische Aufgabe für die betrieblichen Interessenvertreter und für die Gewerkschaften. Der seit 2007 jedes Jahr erhobene „DGB-Index Gute Arbeit“ bietet die Chance, neben der Leistungsverdichtung auch ihre Kehrseite – die Unterforderung – anzusprechen und daraus konkrete Forderungen an Arbeitgeber oder Vorgesetzte zu entwickeln.

Internetnutzer Frank hat übrigens inzwischen die Abteilung gewechselt und seine privaten Netzrecherchen nach Hause verlegt. Im Büro kommt er gar nicht mehr zum Surfen, weil es dort plötzlich wieder spannend geworden ist. Er hat einen neuen Chef und der traut ihm richtig was zu. Die Kollegen und Kolleginnen in dem frisch gebildeten Team erwarten seinen Beitrag – und den leistet er gern, weil er endlich die lange vermisste Anerkennung erhält.

Thomas Gesterkamp

Unterforderung ist nur eine Facette der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Speziell um den Arbeitsplatz der Polizisten und des Polizisten mit seinen psychischen Belastungen ging es auf dem zweiten Arbeitsschutzsymposium der GdP, das am 10. und 11. April 2008 in Potsdam stattfand. DEUTSCHE POLIZEI wird in der nächsten Ausgabe ausführlich darüber berichten.

Die Redaktion

Sind Sie im Beruf unterfordert?

Wenn Sie fast allen der folgenden Sätze zustimmen, haben Sie am Arbeitsplatz vielleicht ein Problem...

- Manchmal tue ich nur so, als würde ich arbeiten.
- Ich erledige häufig private Dinge im Büro.
- Durch Gespräche mit Kollegen lasse ich mich leicht ablenken.
- Ich gehe dauernd ins Internet.
- Spätestens nach der Mittagspause warte ich nur noch auf den Feierabend.
- Nach der Arbeit bin ich erschöpft, auch wenn ich gar nicht viel zu tun hatte.
- Ich habe den Eindruck, dass ich meine berufliche Situation nicht ändern kann.
- Die Vorgesetzten zeigen trotz meiner wiederholten Anfragen wenig Verständnis.
- Ich würde am liebsten die Stelle wechseln.





Fortsetzung von Seite 21

Ermächtigungen aufgrund ihrer Unbestimmtheit auch Ausschreibungen zur polizeilichen Beobachtung als Bestandteil des Fahndungsbestandes ansehen ließen mit der Folge, dass in solchen Fällen ebenfalls eine polizeiliche Beobachtung durchgeführt werden könne.

Den Landesgesetzgebern stünden verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, um eine im Rahmen ihrer Zuständigkeit verbleibende und sowohl hinreichend bestimmte als auch angemessene Eingriffsermächtigung zu schaffen. Beispielhaft nennt das Gericht in diesem Zusammenhang die brandenburgische Regelung. Dort sei ein weit gefasster Verwendungszweck mit engen Begrenzungen der Eingriffsvoraussetzungen kombiniert und dies sei ein rechtlich nicht zu beanstandender Weg.



Bundesverfassungsgericht zur Vorratsdatenspeicherung: Unter bestimmten Voraussetzungen vorläufig zulässig

In eine Entscheidung über einen Eilantrag von acht Beschwerdeführern von Verfassungsbeschwerden hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Anwendung des Telekommunikationsgesetzes (TKD) in Teilen vorläufig nur unter engen Voraussetzungen zugelassen. In seinem Beschluss vom 11. März 2008 (Az: 1 BvR 256/08) begrenzte das Gericht die Anwendung von § 2 des TKD im Hinblick auf die Verwendung der gespeicherten Daten zum Zwecke der Strafverfolgung darauf, dass die Daten nur dann den Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden dürfen, wenn sie zur Aufklärung und Verfolgung einer Straftat im Sinne des § 100 a) Abs. 2 StPO dienen (schwere Straftat). Der Verdacht muss durch bestimmte Tatsachen begründet und der Sachverhalt auf andere Weise nicht aufzuklären sein. Aufgrund eines Abrufersuchens seien die Daten von Telekommunikationsdiensteanbietern aber grundsätzlich zu erheben und zu speichern.

Das BVerfG erließ eine weitergehende einstweilige Anordnung nicht, da die reine Speicherung der Daten für den Einzelnen noch nicht einen besonders schwerwiegenden und irreparablen Schaden darstellen. Die drohende Rechtsgüterschädigung verdichte sich erst durch den Abruf zum Zwecke der Nutzung. Hier habe das öffentliche Interesse am Vollzug der Norm hinter den Nachteilen, die durch den Normvollzug drohen, zum Teil zurückzustehen.

Das Gericht machte deutlich, dass diese Entscheidung sich zunächst nur auf die Nutzung der Daten zur Strafverfolgung beziehe, da es bislang keine Ermächtigungen gebe, die zu präventiven Zwecken die gemäß TKD erhobenen Daten abrufen können. In soweit hätten die Bundesrichter darüber nicht entscheiden müssen.

now.



Beamtenrecht: Für Staatsdiener gibt es keine „Praxisgebühr“

Vor dem Verwaltungsgericht Göttingen wehrte sich ein ehemaliger Bundesbeamter dagegen, dass ihm die Beteiligung seines Dienstherrn an den Krankheitskosten um 10 Euro pro Quartal (für den jeweils ersten Besuch bei einem Arzt) gekürzt wurde. Einer Gleichstellung mit gesetzlich Krankenversicherten (die die 10 Euro pro Quartal seit 2004 zu zahlen haben, wenn sie einen Arzt aufsuchen) fehle es an der rechtlichen Grundlage. Der Gesetzgeber müsse schon ein parlamentarisches Gesetz zur Alimentation von Beamten verabschieden. Eine solch wichtige Entscheidung könne nicht – wie hier in Niedersachsen – verwaltungsintern geregelt werden. (AZ: 3 A 277/07)





GdP vor Ort – Übereinstimmung in fast allen Punkten!

Die Bilder und Szenen des „Sommermärchens“ zur Fußball-WM 2006 haben wir alle noch vor Augen: friedliche und ausgelassene Stimmung bei bestem Wetter. Nun wird in diesem Sommer die 13. Fußball-Europameisterschaft ausgespielt. Austragungsländer sind die Schweiz und Österreich. Das Alpenpanorama bietet eine hervorragende Kulisse für die sportliche Inszenierung.

Für die Arbeit hinter den Kulissen haben die beiden Ausrichterstaaten Schweiz und Österreich die Bundesrepublik Deutschland um Unterstützung gebeten. Im Einzelnen werden Einsatzkräfte der

und gepflegt werden – denn von solchen Rahmenbedingungen hängen ganz maßgeblich Motivation und Leistungsfähigkeit der Betroffenen ab.

Daher lag der Schwerpunkt eines GdP-



Foto: dpa

schon in der Vorbereitung auf das deutsche „Gastspiel“ für die deutschen Kolleginnen und Kollegen eingebracht hatten. So waren alle Gesprächspartner bestens vertraut mit den Standards des Leitfadens 150.

Der europäische Kontakt zu Werner Kalen, Schweizer Polizeigewerkschaft VSPB (Verband Schweizer Polizeibeamter), und zu Franz Pail, Vorsitzender der Österreichischen Polizeigewerkschaft FSG (Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) drückt sich in einer gastfreundlichen Atmosphäre aus, in der die Gespräche und der gegenseitige Ideenaustausch stattfanden. Aber auch von den dienstlichen Ansprechpartnern in Innsbruck, Salzburg, Klagenfurt und Wien her waren für die GdP-Gruppe Gastfreundschaft, Offenheit und der Wille, alles für die deutschen Einsatzkräfte so gut wie möglich vorzubereiten, sehr spürbar.



Vom 7. bis 29. Juni 2008 findet die UEFA Fußball-EM 2008 statt. Nach der EM 2000 in Belgien und Niederlande ist es nun das zweite Mal, dass eine Fußball-EM in zwei Ländern ausgetragen wird: Die Spiele zur Fußball-EM 2008 werden an acht Spielorten stattfinden, davon je vier in der Schweiz (Basel, Bern, Genf und Zürich) und in Österreich (Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg und Wien), wo auch das Finale der EM 2008 ausgetragen wird.

Im Stadion Letzigrund in Zürich werden drei EM-Spiele in der Gruppe B stattfinden.
Foto: Schmidt

bayerischen Polizei und aus Nordrhein-Westfalen in Österreich zum Einsatz kommen. In der Schweiz werden vor allem Einsatzhundertschaften aus Baden-Württemberg und Hessen eingesetzt werden.

Darüber hinaus können vorgehaltene luftverlastete Eingreifkräfte der Bundespolizei angefordert werden.

Über die Einsatzeinheiten aus der Bereitschaftspolizei hinaus werden auch szenekundige Beamte, Verbindungsbeamte oder auch Taschendiebstahlsfahnder an den Spielorten die einheimischen Kolleginnen und Kollegen unterstützen.

Insgesamt werden etwa 2.500 Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland vor Ort sein. Und die sollen gut untergebracht

Teams auf den Unterbringungsmöglichkeiten und der Verpflegung dieser Kolleginnen und Kollegen: Vertreter des GdP-Bundesvorstandes waren vor Ort, haben sich gemeinsam mit Gewerkschaftskollegen aus der Schweiz und Österreich genau umgeschaut, wo und wie die eingesetzten Kräfte schlafen und gepflegt werden. Für den Bundesvorstand nahmen die Kollegen Jörg Radek und Bernhard Schmidt (Vorsitzender des Fachausschusses Bereitschaftspolizei) an der „Bereisung“ teil. Für die hauptsächlich betroffenen Landesbezirke Baden-Württemberg und Bayern waren der bayrische Landesbezirksvorsitzende Harald Schneider, der Geschäftsführer des Landesbezirks Bayern Alexander Baschek und Hans-Jürgen Kirstein (stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Baden-Württemberg) vor Ort.

Sie trafen auf Gewerkschaftskollegen in der Schweiz und Österreich, die sich



Die GdP-Vertreter Bernhard Schmitt (2. v. l.) und Jörg Radek (4. v. l.) werden von schweizer Kollegen in die Veranstaltungslage vor Ort eingewiesen
Foto: Kirstein

In jedem Gespräch entwickelte sich ein reger Austausch über die Details des Einsatzes. Anregungen zur Unterbringung der Einsatzkräfte – z. B. hinsichtlich der Zimmerbelegung, Lagerung der Einsatzausstattung bzw. Waschmöglichkeiten für Wäsche – wurden unbürokratisch und unkompliziert aufgenommen und sofort





EINSATZ ZUR FUSSBALL-EM



Doppelstockbetten im Olympiahotel – und zu wenig Schränke. Kompromiss für eine kurze Zeit: Es wird nur ein Bett belegt. Das andere ist Ablagefläche.

nach Lösungen gesucht. Davon ausgehend, wie sehr die Motivation der Einsatzkräfte von den sozialen Rahmenbedingungen des Einsatzes abhängt, ist festzustellen, dass bei den Polizeiführern und Logistikkollegen ein hohes Problembewusstsein vorhanden ist.

Die Bereitschaft bei den schweizer und österreichischen Kollegen, etwaige Probleme zur Zufriedenheit zu lösen, ist groß. Alle Beteiligten stimmten darüber überein, dass durch die „Bereisung“ ein „klei-

auch dann unkompliziert aufgegriffen und hofentlich schnellstens geklärt werden.

Die Unterbringungen sind vom Standard her natürlich verschieden, doch überwiegend wird die Hotelqualität der Urlaubsländer Schweiz und Österreich erkennbar.

Neben Fragen der Unterbringung wurden selbstverständlich Fragen zur Veranstaltungs-

gungen für den durchweg positiven Einsatzverlauf während der Fußball-WM in Deutschland von Interesse. – Hier wurde auf die langjährige Erfahrung der Einsatzleiter und Einsatzkräfte aus dem Liga-Alltag in Deutschland verwiesen.

In diesen Gesprächen wurde auch daran erinnert, welchen Fortschritt der Einsatz von deutschen Polizistinnen und Polizisten nach dem jeweiligen geltenden einheimischen Recht in Österreich und in der Schweiz darstellt. Gegenwärtig finden dafür zielgerichtete Fortbildungsmaßnahmen für die deutschen Kolleginnen und Kollegen statt.



Salzburg: Frühstücksraum im Hotel Graml.

Mit dem Überraschungsgast in Klagenfurt, dem Euro-Botschafter Raimund Calmund, wurde die Bedeutung der Medien und ihrer Verantwortung im Vorfeld und während eines Großereignisses diskutiert. Konkret für die Fußball-EM bedeutet das, dass die Medien über die polizeiliche Arbeit gut informiert werden, um ein möglichst realistisches Bild ihrer Arbeit präsentieren und Sicherheitshysterien vermeiden zu können.

Die GdP-Gruppe konnte sich mit guten Gefühlen von den Österreichern und Schweizern verabschieden: Sowohl von Gewerkschaftsseite, als auch von dienstlicher Seite wird in beiden Ländern alles getan, damit für die Kolleginnen und Kollegen der Einsatz in Punkto Verpflegung und Unterbringung so angenehm wie möglich verläuft. Und wenn es Probleme gibt, sind sofort Ansprechpartner da. Darin ist man sich einig.



Strittig ist nur noch, wer den Pokal bekommt ...– v.l.n.r Franz Pail, Helmut Treffer (Klagenfurt), Jörg Radek (GBV), Harald Schneider (Bayern,) Josef Sbrizzai (VSPB)

Fotos (3): B. Schmidt

ner Dienstweg“ organisiert wurde, der den Kolleginnen und Kollegen sicher auch während des Einsatzes zugute kommen wird. Entstehende Probleme können so

lage, zum Störerpotenzial oder zur allgemeinen Fanbewegung diskutiert. Bei den einheimischen Kollegen waren hier insbesondere die Ursachen und Bedin-

Uneinigkeit herrschte nur über den Titelträger am Ende des Turniers in Wien.

Jörg Radek



Leben vom Prinzip Hoffnung

von Thomas Gesterkamp

Immer mehr Bundesbürger, darunter auch viele Polizeibeamte, müssen so weite Strecken zu ihren Arbeitsplätzen fahren, dass sie nur noch am Wochenende an ihren eigentlichen Wohnort zurückkehren. Das Fernpendeln kostet Kraft und belastet das Privatleben.

Jeden Sonntagabend lassen sich auf den Bahnhöfen deutscher Städte feste Rituale beobachten: Paare umarmen und küssen sich ein letztes Mal, bevor das Warnsignal ertönt und sich die Türen des ICE-Waggons endgültig schließen. Während sie von der Bahnsteigkante zurücktritt, sucht er leicht wehmütig seinen Sitzplatz. Vor ihm liegen mehrere Stunden Zugfahrt – und eine lange Arbeitswoche. Erst am Freitagnachmittag, wenn im Büro alles erledigt ist, wird er die Rückreise antreten und seine Frau oder Freundin wiedersehen.



Abschied für eine Woche oder länger – fast 12 % der Paare leben wegen des Jobs unfreiwillig getrennt. Foto: Kay Nietfeld/dpa

Solche Fernbeziehungen, wie sie Sozialwissenschaftler nennen, sind ein schnell wachsendes Phänomen. Vor zwei Jahrzehnten lebten nur sechs Prozent der Paare unfreiwillig in getrennten Wohnungen, inzwischen sind es schon fast doppelt so viele. Hauptursache ist der Mobilitätsdruck, der auf den Arbeitnehmern lastet: Gerade gut Ausgebildeten fällt es manchmal schwer, für beide Partner in derselben Region die passenden Jobs finden. Vorbei sind die Zeiten, als Frauen ihren Männern noch selbstverständlich hinterherzogen, wenn diese anderswo eine attraktive Stelle lockte. Heute verfolgen in vielen Beziehungen zwei Erwerbstätige ihren eigenen beruflichen Weg. Und nicht wenige nehmen dafür auch in Kauf, sich zeitweise zu trennen.

Erholsam ist das nicht: Das Doppelleben der Vielfahrer erzeugt Stress und gefährdet die Gesundheit. In einer Untersuchung, die die Universität Mainz und das Bamberger Staatsinstitut für Familienfor-

schung gemeinsam durchführten, klagten über zwei Drittel der mobilen Nomaden über psychische und körperliche Belastungen. Häufiger als Arbeitnehmer mit kurzen Anfahrtswegen leiden die Fernpendler unter Kopfschmerzen, Magen-Darm-Beschwerden oder Bluthochdruck. Auch mit Müdigkeit und Konzentrationsschwierigkeiten haben viele der Betroffenen zu kämpfen. Sie berichten außerdem, dass ihr Alltag durcheinandergerät, dass sie zum Beispiel Arzt- oder Behördenbesuche immer wieder aufschieben.

Schlafen im Polizeiwohnheim

Wer jede Woche viele Stunden im Zug verbringt oder hunderte von Kilometern mit dem Auto fahren muss, hat nicht nur weniger Zeit, seine persönlichen Angele-

genheiten zu regeln. Auch sportliche Aktivitäten, Fortbildungen oder der Bekanntenkreis kommen dann zu kurz. Freitagabend, Samstag und Sonntag sind ausschließlich für den Partner reserviert – und

irgendwann ruft auch sonst niemand mehr an. Von Montag bis Donnerstag wird am Zweitwohnsitz, wo es an Freunden ohnehin mangelt, besonders lange gearbeitet. Vor dem Risiko „sozialer Desintegration“ warnt der Mainzer Soziologe Norbert Schneider: „Wenn niemand ungeduldig mit dem Abendbrot wartet, kann man ohne schlechtes Gewissen im Büro bleiben.“

„ Wenn niemand ungeduldig mit dem Abendbrot wartet, kann man ohne schlechtes Gewissen im Büro bleiben. “

Norbert Schneider, Soziologe

75 Prozent der Fernpendler bewerten laut Studie positiv, dass beide Partner einen Beruf ausüben können, der ihnen Spaß macht und sie fachlich weiterbringt. Diese Prioritätensetzung hat jedoch ihren Preis. Ein Viertel der Befragten gibt an, das dau-



PENDLER

ernde Unterwegssein schade ihren privaten Beziehungen. Die Hälfte klagt über das viele Reisen; fast 60 Prozent halten die finanziellen Belastungen durch hohe Fahrtkosten und doppelte Haushaltsführung für ein großes Problem.

Wie sehr neben den Angehörigen auch die Betroffenen selbst unter ihrer Situation leiden, weiß Martin Schmitt von der GdP-Kreisgruppe am Frankfurter Flughafen: „Die Bundespolizisten, die hier die Pässe kontrollieren und den Gepäcksicherheitscheck überwachen, kommen häufig aus Thüringen oder Sachsen-Anhalt.“ Weil der tägliche Anfahrtsweg zu lang ist, die Familie aber nicht umziehen will oder in der Heimat im eigenen Haus wohnt, übernachten die Fernpendler in Polizeiwohnheimen. Wochenendschichten verschärfen das Problem: „Ihr Engagement in Vereinen können die Beamten vergessen, sie sind vom gesellschaftlichen Leben



Regelmäßiger Kontakt per Telefon ist vielen Pendler-Paaren tröstlich – Konfliktgespräche sollten wegen drohender Missverständnisse allerdings besser im direkten Kontakt geführt werden.

Foto: H. Hochheimer/dpa

an ihrem Herkunftsort ausgeschlossen“, sagt Polizeigewerkschafter Schmitt: „Die leben vom Prinzip Hoffnung, wollen möglichst schnell versetzt werden.“

Eine Alternative zu den Wohnheimen bieten billige Pensionen oder Wohngemeinschaften auf Zeit. In manchen Städten ist das schon zu einer Art Geschäftsidee geworden: Die Vermieter bieten neben einem Schlafplatz plus Frühstück in der Wohnküche auch geselliges Leben am Abend, einen Ruhepol und willkommene Abwechslung vom Berufsalltag.

Scheu vor dem Umzug

Den Partnerinnen am eigentlichen Wohnort – meist sind diese in der Tat weiblichen Geschlechts – ist damit wenig gedient. Die Nachteile des Fernpendelns treffen der Untersuchung zufolge Frauen stärker als Männer. Das ständige Hin- und



Gemeinsamer Urlaub – wichtig für die Partnerschaft überhaupt, für Pendler-Beziehungen aber ganz besonders. Foto: dpa

Herfahren „verringert die Paarzufriedenheit und erhöht das Trennungsrisiko“, sagt Forscher Schneider. Das Leben aus dem Koffer sei häufig ein Ersatz für den angstbesetzten Komplettumzug. Viele Menschen träfen eine Entscheidung, deren Folgen „eigentlich schlimmer sind als ein Wohnortwechsel“.

Die im internationalen Vergleich hohe Bodenständigkeit der Deutschen führt er auch auf das föderale System hierzulande zurück: Dass sich die Schulsysteme unterscheiden und berufliche Qualifikationen in anderen Bundesländern teilweise nicht anerkannt werden, behindere die Mobilität der Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen.

Wer eine hoch spezialisierte Ausbildung durchlaufen hat, kann häufig nicht mehr frei wählen, wo er arbeiten und leben möchte. Jüngere Arbeitnehmer betrachten das Fernpendeln als Zwischenphase, die sie für ein paar Jahre akzeptieren und dann möglichst wieder aufgeben wollen. Spätestens mit der Familiengründung stellt sich dann meist die Frage nach einem gemeinsamen Lebensmittelpunkt. Denn Kinder wollen und brauchen Verlässlichkeit und keine hochflexiblen Eltern, die ständig auf Achse sind oder aus beruflichen Gründen die Stadt wechseln.

Für Paare und erst recht für Familien geht es um persönliche biografische Kompromisse: Wo setze ich langfristig den stärkeren Akzent, bei der Arbeit oder im Privatleben? Denn flexible Anwesenheitszeiten oder gar Telearbeit von zu Hause aus sind nur für bestimmte Berufsgruppen eine praktikable Lösung.

Manche Fernpendler sehen die räumliche Distanz auch als Vorteil, weil sie sich während der Woche voll auf ihren Job konzentrieren können und ihre Freiheit und

Unabhängigkeit genießen. Andere dagegen leiden unter dem Alleinsein, und wenn ihre Partnerschaften zerbrechen, dann liegt das meist auch an dem instabilen Lebensentwurf. Zu wenig Nähe, mangelnder Austausch und der fehlende gemeinsame Alltag sind die wichtigsten Gründe dafür, dass Fernbeziehungen scheitern. Im Schnitt halten sie immerhin drei Jahre: Dann ziehen die Partner entweder an einem Ort zusammen – oder sie trennen sich.

Ratschläge für Pendler-Paare

- Nutzen Sie die knappe gemeinsame Zeit für Aktivitäten, die beide interessieren und genießen können.
- Machen Sie keine allzu festgelegten Pläne, lassen Sie Raum für spontane Wünsche und Entscheidungen.
- Überfrachten Sie das gemeinsame Wochenende nicht mit zu hohen Erwartungen.
- Lassen Sie die letzten Stunden vor der Trennung nicht von Traurigkeit beherrschen, auch wenn Ihnen der Abschied schwer fällt.
- Kommunizieren Sie auch während der Woche regelmäßig, vermeiden Sie aber wegen möglicher Missverständnisse Konfliktgespräche am Telefon.
- Verbringen Sie Ihre Urlaubszeit als Paar.

Buchtipp: Peter Wendl: Gelingende Fern-Beziehung, Herder Verlag, Freiburg, 2007, 118 Seiten, 9,90 Euro.



Neue Bestellrunde

Die GdP-Bundesgeschäftsstelle führt aufgrund der nach wie vor anhaltenden Nachfrage nach den gelb-grünen Jacken für Einsatzbetreuer eine erneute Bestellrunde durch. Wer sich also für eine solche Jacke interessiert, wird gebeten, diese verbindlich per Post bei der Bundesgeschäftsstelle der GdP z. H. Koll'in Nowock, Forststr. 3a, 40721 Hilden oder per E-mail unter: hnowock@gdp-online.de zu bestellen.

Aufgrund der zu erwartenden Bestellmenge beläuft sich der Preis für eine Jacke auf 139,23 Euro, einschließlich MwSt. und Fracht. Separat kann ein Namensschild zum Preis von 4,28 Euro, einschl. MwSt. erwor-

ben werden. Bei der Bestellung sind anzugeben: Versand- und Rechnungsanschrift, die Größe (XS - XXXL) und – falls ein Namensschild gewünscht wird – die Aufschrift (z. B. Vor- und Nachname) sowie die telefonische Erreichbarkeit. Mit der Lieferung kann frühestens im 1. Quartal 2009 gerechnet werden.

Bestellungen können bis zum 15.6.2008 entgegen genommen werden.

Für Rückfragen: 0211/7104-139.

Hans Jürgen Marker

Die GdP-Einsatzjacken bestehen aus Wasser abweisendem Material und sind mit einer herausnehmbaren Vlies-Weste gefüttert.
Foto: GdP



GdP-Erfolg nach harter Auseinandersetzung

Heftigen Streit gab es in den letzten Wochen zwischen der GdP Baden-Württemberg und dem Innenministerium in Stuttgart. Grundsätzlich ging es den Verantwortlichen im GdP-Landesvorstand weniger um Details der neuen Dienstkleidung – auch wenn durch die Berichterstattung in den Medien dieser Eindruck entstanden ist. Die massive Kritik richtete sich vor allem gegen die Projektleitung, die eine „gestaltende Beteiligung“ der GdP und des Hauptpersonalrats der Polizei nicht zugelassen hatte.

Da der Streit zwischen der GdP und dem Innenministerium von den Medien im Land mit großem Interesse begleitet wurde, kam es nach der öffentlichen GdP-Forderung, den verantwortlichen Projektleiter von seiner Funktion zu entbinden, zu einem klärenden Gespräch mit dem Landespolizeipräsident Hetger und im Folgenden zu einem Kompromiss.

So geht es in Baden-Württemberg weiter:

Tragetest – Der Tragetest wird offen und ohne Vorgaben durchgeführt um eventuell noch bestehende Schwachstellen und Änderungsbedarf zu erkennen und um die Uniform erforderlichenfalls zu modifizieren. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Tragetest wird, soweit noch möglich, mit den örtlichen Personalvertretungen abgestimmt. Es wird sichergestellt, dass alle relevanten strukturellen Merkmale – beispielsweise bestimmte Funktionen und Laufbahngruppen – ausreichend berücksichtigt werden. Der Anteil von Beamtinnen wird bei rund 19 Prozent liegen. Gegen Ende des Tragetests werden die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen gemeinsam zwischen der Projektleitung, dem Hauptpersonalrat der Polizei und am Tragetest teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen intensiv erörtert.

Lederblouson – Sofern die am Tragetest teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen zu dem Ergebnis kommen, dass auf den Lederblouson auch künftig nicht verzichtet werden kann, wird dieser Bestandteil des Sortiments der allgemeinen Uniform bleiben.

Schirmmütze – Die für beide Uniformvarianten vorgesehene Schirmmütze wird in Größe und Dimension überarbeitet. Dem Tragekomfort wird dabei hohe Priorität beigemessen.

Funktionsmütze und Poloshirt –

Funktionsmütze und Poloshirt werden zusammen mit einem optimierten Barett in den Tragetest für die geschlossenen Einheiten aufgenommen. Die Modelle wer-



den zuvor mit dem Hauptpersonalrat der Polizei abgestimmt. Das Ergebnis wird über die Aufnahme der genannten Bekleidungsstücke in das Sortiment der Einsatzbekleidung der geschlossenen Einheiten entscheiden.

Tuchjacke – Die Tuchjacke wird für den Tragetest nochmals im Hinblick auf den Sitzkomfort (3-Knopf-Variante) überarbeitet – auch vor dem Hintergrund der Abstimmung mit der Polizeiführung. Erste Veränderungen wurden bei der offiziellen Präsentation der ausgewählten Modelle bereits erkennbar.

Die GdP Baden-Württemberg ist nach wie vor der Ansicht, dass eine Farbumstellung der Dienstkleidung nicht notwendig war. Wenn man die heutige Dienstkleidung modernisiert und verbessert hätte, dann wäre das ohne besondere finanzielle Belastung möglich gewesen. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass die Neuausstattung aller Polizeibeamtinnen und -beamten mit der blauen Dienstkleidung mit dem bisher genannten Finanzvolumen nicht möglich sein wird. Entweder wird dann Geld aus dem Landeshaushalt zufließen müssen oder unsere Kolleginnen und Kollegen bekommen nur eine sehr spartanische Ausstattung.

josch

VERKEHRSSICHERHEIT

Frauen stark hinterm Steuer

Das geht aus einer Auswertung von Verkehrs- und Unfalldaten hervor, die der ACE Auto Club Europa anlässlich des Internationalen Frauentages an diesem Samstag (8. März) veröffentlicht hat. Frauen können demnach besser lenken: Immerhin rund 65 Prozent der Verkehrsunfälle werden nämlich von Männern verursacht und auf deren Konto gehen sogar rund 80 Prozent der Punkte-Einträge im Verkehrszentralregister des Kraftfahrtbundesamtes. Auf vier dort registrierte Männer kommt nur eine Frau. Auch Alkohol hinterm Steuer ist klare Männerdomäne.

Obwohl seit dem Jahrgang 1964 Frauen genauso oft den PKW-Führerschein machen wie Männer und fast jeder dritte Wagen auf eine Halterin zugelassen ist, liegt die Anzahl der durch sie verursachten schweren Unfälle weit unter dem Durchschnitt, hebt der ACE

hervor. Wenn Frauen es krachen lassen, bleibe es meist beim Blechschaden.

Frauen hinterm Lenkrad haben nach Darstellung des ACE auch weniger Probleme damit, Verkehrsregeln zu befolgen. Aus dem Verkehrszentralregister gehe eindeutig hervor: Je höher der Punktestand, desto seltener wurde er von einer Frau eingefahren.

Fahren Frauen im Straßenverkehr also völlig tadellos? Ganz so ist es nicht, räumt der Club ein. Denn der genauere Blick auf die Punktestände in Flensburg offenbare Auffälligkeiten anderer Art: So sind Frauen in Sachen Tempo gar nicht so weit von den Männern entfernt – immerhin machen auch bei ihnen Geschwindigkeitsübertretungen fast 60 Prozent der Eintragungen aus.

ACE Auto Club Europa



Skippers Sicherheitstipps

– Ein Angebot der Wasserschutzpolizei Schleswig-Holstein –

Keine Panikmache, keine uniformen Verhaltensregeln und kein erhobener Zeigefinger – so was braucht der Skipper nicht! Denn er ist durchweg gut ausgebildet, gut ausgerüstet und verantwortungsbewusst.



Über 80 interessierte Skipper kamen zur ersten Veranstaltung der Wasserschutzpolizei in Flensburg

Bestimmt 90 % aller Begebenheiten auf dem Wasser sind schön und verlaufen positiv. Wir verbringen unsere Freizeit darauf oder es ist Grundlage unseres Arbeitsplatzes. Die wenigen negativen Ereignisse landen auf dem Schreibtisch der Wasserschutzpolizei. Diese will nun aus dem Nähkästchen plaudern, damit der Spaß am Element bleibt.

Die schleswig-holsteinische Wasserschutzpolizei bietet deshalb ab diesem Jahr gut zweistündige Veranstaltungen an, in denen sie die negativen Erfahrungen, die andere z. T. mit dem Leben bezahlen mussten, aufzeigt und zusammen mit den Skippern analysiert. Dabei werden Fragen geklärt wie:

- Was passiert eigentlich beim Auslösen der Automatikrettungsweste?
- Wie mache ich sie auf See wieder betriebsbereit?
- Welche Chancen habe ich als Überbordgefallener und wie komme ich wieder an Deck?
- Wie versorge ich Unterkühlte?

Wasser hat keine Balken und zum Glück gibt's die DGzRS (Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger) und andere Hilfsorganisationen. Aber in erster Linie ist der verantwortliche Skipper auf sich selbst gestellt.

Warum muss die Crew beim 5. Anlauf-

manöver mit ansehen, wie der Skipper vor ihren Augen versinkt?

Warum treibt die Frau des Skippers über vier Stunden hilflos auf See bis ihr geholfen wird?

Übertrieben? Leider nicht. Die Protokolle der Bundesstelle für Schiffsunfalluntersuchung können von jedem im Internet eingesehen werden.

Schon ein paar zusätzliche Gedanken über Rettungsmöglichkeiten, Seenotsignale oder Einweisung der Crew für Not-



Eindrucksvolle Präsentation des Gebrauchs der Sicherheitsweste

situationen auf das eigene Boot bezogen können manche Situation entschärfen.

Auf jedem Wasserschutzpolizeirevier in Schleswig-Holstein gibt es einen speziell

ausgebildeten Beamten, der gerne und kostenlos diese Skipper-Sicherheitstipps geben – gleich am Telefon oder aber erfahrene Wasserschutzpolizeibeamte kommen in Vereine, Verbände, Sportbootführerscheinkurse oder andere maritime Interessengruppen. Sie erzählen von ihren Erfahrungen in ihrem Revierbereich und stellen Situationen dar, die jeder Wassersportler nachvollziehen kann.

Natürlich haben die Wasserschutzbeamten auch eine anschauliche Lichtbildpräsentation dabei und sie zeigen, dass das Aktivieren einer Rettungsweste gar nicht weh tut.

Tipps zur Sicherung der Ausrüstung und Verhaltenstipps bei Bootsauflüchtern werden ebenso gegeben wie Antworten auf alle



Kleines Teil, große Wirkung – unser Autor Günther Herrmann demonstriert, wie mit einer Reservetreibpatrone eine gebrauchte Sicherheitsweste schnell wieder scharf gemacht werden kann.

Fotos: WSP-Revier Flensburg

maritimen Fragen wie ausländische Führerscheine, Waffenrecht an Bord oder wann muss ich einen Fäkalientank einbauen.

Die Ansprechpartner sind im Internet zu finden:

www.wasserschutzpolizei.schleswig-holstein.de oder www.fsr.de.com

oder einfach das zuständige Wasserschutzpolizeirevier anrufen.

Es lohnt sich bestimmt.

Günther Herrmann, WSPR Flensburg



Seeverkehr und Klimaschutz

Die spürbaren Auswirkungen des Klimawandels sind Gegenstand einer breiten öffentlichen Diskussion und haben nach dem Straßen- und Luftverkehr nunmehr auch den Seeverkehr erreicht. In den Focus gelangt dabei das Seeschiff, das lange Zeit als umweltfreundliches Transportmittel galt und dieses – gemessen an der Energieeffizienz – auch noch ist. Es verursacht in Relation zu den transportierten Mengen die vergleichsweise geringste Umweltbelastung. In der Gesamtbetrachtung wird aber deutlich, warum gerade für die Schifffahrt umweltpolitischer und verkehrspolitischer Handlungsbedarf besteht.

Wegen des rapiden Wachstums des Seehandels (um rund 8 % pro Jahr) steigen die Schiffsemissionen immer weiter an. Hauptquelle der Luftverschmutzung sind die Schiffsmotoren, häufig langsam laufende Zweitakt Dieselmotoren. Dieser Motorentyp, der sich durch einen hohen Wirkungsgrad auszeichnet, wird mit Schweröl betrieben. Schweröl oder besser Restöl ist ein Rückstandsprodukt, das in Raffinerien beim Destillieren von Rohöl zu leichten Treibstoffen wie Benzine oder Diesel anfällt und u. a. einen hohen Schwefelanteil enthält. Nur nach einer aufwändigen Aufbereitung an Bord lässt sich Schweröl in den Schiffsmotoren verbrennen. Dabei fallen wiederum nicht verwertbare Ölschlämme (Sludge) an.

Der Schwefelanteil im Treibstoff ist aufgrund internationaler Regelungen auf 4,5 % begrenzt, in einigen Sondergebieten, so genannten „SOx Emission Control Areas“ (SECAs) auf 1,5 %. Im Durchschnitt wird ein Wert von 2,7 % angenommen. Das bedeutet, dass der Treibstoff im Seeverkehr einen 2.700-mal höheren Schwefelgehalt aufweist als der Diesel im Straßenverkehr. Bei einem geschätzten Verbrauch der Welthandelsflotte von ca. 200 Mio. Tonnen Schweröl jährlich wird deutlich, welchen Anteil die Schifffahrt zum Eintrag leistet. Nebenbei fallen ca. 2 Mio. Tonnen Sludge an, die entsorgt werden müssen; bestenfalls an dafür vorgesehene und meist kostenpflichtige Abgabestellen an Land, schlimmstenfalls direkt in See.

Weitere Emissionen bei der Verbrennung sind Stickoxide und Feinstäube.

Der Schiffsverkehr ist für etwa 7 % der CO(2)-Emissionen des Verkehrssektors verantwortlich, das entspricht etwa 2 % der globalen CO(2)-Emissionen, heißt es in einem Bericht des Umweltbeirats der Bundesregierung: „Darüber hinaus entfallen ca. 7 % aller Emissionen von Schwefeldioxid und 11 bis 12 % aller Emissionen von Stickoxiden auf die Schifffahrt.“

Der Studie zur Entwicklung des Seetransports im Baltischen Raum des BUND zu Folge, stellen in den stark frequentierten

Häfen in der Nord- und Ostsee die Schwefeloxid- und Stickstoffoxidemissionen der Schiffe die mit Abstand größte Schadstoffquelle dar. In Lübeck/Travemünde beträgt der Anteil der Schifffahrt an den Kohlendioxid-Emissionen 76,1 % der Gesamtbelastung. Bei den Stickoxid-Emissionen liegt der Anteil sogar bei 94,3 %.

Schiffe sind im Grunde Verbrennungsanlagen für die Abfälle der petrochemischen

empfeht der Arbeitskreis, dass die Schifffahrt weltweit von dem bisher gebräuchlichen Schweröl auf höherwertige Treibstoffe mit geringem Schwefelgehalt (z. B. Destillate) umstellt. Das ermöglicht zugleich eine weitgehende Reduzierung von Partikelemissionen und Ölschlamm sowie durch bessere Wirkung von Katalysatoren eine Senkung des Ausstoßes von Stickoxiden.

Da die Schifffahrt ein globaler Verkehrsträger ist, müssen die notwendigen Maßnahmen in der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) getroffen werden. Einseitige nationale Regelungen führen zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Wirtschaft, ohne dass nennenswerte Schadstoffreduzierungen erzielt werden.

Um insbesondere die Belastung in den Häfen zu minimieren, sollte die stärkere Nutzung von Landstrom in Betracht gezo-



Das Kreuzfahrtschiff Queen Mary 2 – es benötigt in etwa so viel Energie wie 200.000 durchschnittliche Haushalte

Foto: dpa

Industrie. Wirtschaftlich interessant scheint diese Lösung für die Reeder nach wie vor noch zu sein, kostet der normale Marine-Diesel doch rund doppelt soviel wie das Schweröl. An Land würden die Schiffsmotoren wegen ihrer gefährlichen Emissionen wie Sondermüllverbrennungsanlagen behandelt werden. Und dieses auch zu Recht.

Die Süddeutsche Zeitung berichtete in einem Artikel vom 8. November 2007, dass jedes Jahr 60.000 Menschen an Atemwegserkrankungen oder Lungenkrebs sterben, weil sie Partikel aus Schiffsmotoren einatmen.

Grund genug, dass sich in diesem Jahr der 46. Deutsche Verkehrsgerichtstag mit seinem Arbeitskreis VIII des Themas annahm. Zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes

gen werden. Dafür fehlen noch international einheitliche Anschlussnormen für Spannung und Frequenz. Bei der ökologischen Gesamtbilanz ist zu berücksichtigen, dass der Landstrom an anderer Stelle generiert werden muss. Die Luxusliner, die z. B. an den Landungsbrücken von Hamburg anlegen, sind gigantische Stromfresser. Das Kreuzfahrtschiff Queen Mary 2 benötigt in etwa so viel Energie wie 200.000 normale Haushalte. Einen hohen Energiebedarf haben aber auch große Containerschiffe mit vielen Kühlaggregaten.

Eines wurde während der Diskussion im Arbeitskreis immer wieder betont, die Maßnahmen zur Senkung der Schiffsemissionen sind dringend erforderlich, d. h. die Umsetzung muss so schnell wie möglich erfolgen.

Burkhard Klär





Quo Vadis öffentlicher Dienst

Der erste Geburtstag der föderalisierten Gesetzgebung in den Bereichen Besoldung, Versorgung und Laufbahn ist gerade vorbei und wahrlich kein Grund zum Feiern. Bereits nach so kurzer Zeit hat sich diese Geschichte stärker entwickelt, als ein Kleinkind dazu je in der Lage wäre. Die von den Gewerkschaften befürchtete Kleinstaaterei hat in beängstigtem Maße um sich gegriffen. Der Flickenteppich wird so richtig bewusst, wenn man sich die unterschiedlichen Regelungen vor Augen führt:

Im Bereich der wöchentlichen Arbeitszeiten geht die Spannweite von 40 bis 42 Wochenstunden. Die Lebensarbeitszeiten für Polizeibeamtinnen und -beamte bewegen sich zwischen der Vollendung des 60. Lebensjahres bis zum 65. Lebensjahr. Die Einen arbeiten bereits heute länger, die Anderen erst in vielen Jahren oder gar nicht. Teilzeitarbeit, Altersteilzeit – alles bunt durcheinander. Manche Länder gewähren, die anderen nicht. Wieder andere lassen sich neue Kriterien einfallen, mit schlechterer Besoldung während der Altersteilzeit.

Das Weihnachtsgeld geht von null bis zu 60 %, teils als Summe, teils in Monatsbeträgen. Teils dynamisch, teils fest.

Die Besoldungserhöhungen staffeln sich von nichts, über Einmalzahlungen in unterschiedlicher Höhe bis zu prozentualen Erhöhungen von 0,5 %, 1,1 %, 1,7 %, 2,4 %, 2,9 % bis 3 %. Die Einen 0,5 % ab 1.7.2007 oder 2,9 % zum 1.1.2008 bis zu 3 % zum 1.10.2007.

Die Einen erhalten Leistungsprämien, die Anderen leisten auch, müssen aber auf Geld verzichten, damit Leistungsprämien bezahlt werden können.

Die Versorgungshöhe ist sehr unterschiedlich, da die Anpassungsfaktoren, je nach Arbeitgeber, unterschiedlich hoch sind. Die Einen werden schneller bei 71,75 % landen als die Anderen, haben aber nicht unbedingt mehr Geld.

Die Beamtengesetze sollen reformiert werden. Die Einen schließen Bünde, die anderen machen eigene Gesetze. Die Einen können über Gesetze verhandeln, die Anderen kriegen Gesetze verordnet.

Die Laufbahnen werden gestrafft. Die gegenseitigen Anerkennungen der verschiedenen Laufbahnen bei verschiedenen Arbeitgebern werden schwieriger.

Die Einen stellen für den gehobenen

Dienst ein, die Anderen noch für den mittleren Dienst. Die Einen machen eine Ausbildung zum Bachelor, die Anderen haben einen gemeinsamen Studiengang für Polizisten und Private oder gar eine Akademie.

pauschale oder zehn Euro Zuzahlung. Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage fällt je nach Arbeitgeber zu unterschiedlichen Zeiten weg.

Die Einen funken digital, die Anderen analog.



Junge Leute machten am 16.2.2006 mit einem gordischen Knoten vor dem Reichstagsgebäude in Berlin auf die Auswirkungen der größten Staatsreform seit 1949 aufmerksam.

Foto: Bernd Settnik dpa

Die Einen haben gute Beförderungschancen, die Anderen eher nicht.

Die Einen brauchen unbedingt Tauschpartner für Versetzungen in andere Länder, die Anderen nicht unbedingt. Die Einen tauschen nur Kommissar gegen Kommissar, die Anderen tauschen auch Hauptmeisterin gegen Obermeisterin.

Die Einen haben blaue Uniformen, von schwarzblau, über marineblau, bis zu hellem blau, die Anderen bleiben grün.

Und bei den Mützen? Achteckig oder rund oder Basecaps.

Grüne, grün-weiße, grün-silberne oder blau-silberne Autos durchstreifen die Nacht. Sofern noch Streifenwagenbesatzungen da sind.

Die Einen stellen Personal ein, die Anderen bauen Personal ab.

Freie Heilfürsorge für die Einen, Beihilfe für die Anderen. Kostendämpfungs-

Wir, die Polizei, so bunt, so unterschiedlich alt, so unterschiedlich bezahlt, technisch ungleich ausgerüstet, so verschiedenartig arbeitend, so mannigfaltig bezeichnet – vom Meister bis zum Präsident –, sind wir doch alle Kolleginnen und Kollegen.

Dieses Wir-Gefühl, diesen Korpsgeist lassen wir uns nicht nehmen. Die GdP wird der Politik den Spiegel vorhalten. Die Verantwortlichen müssen begreifen, dass sie sich auf einem Irrweg befinden.

Polizistinnen und Polizisten müssen in der ganzen Republik anständig besoldet werden, Pensionärinnen und Pensionäre müssen, egal wo in Deutschland, von ihrer Pension leben können – ohne auf Nebentätigkeiten angewiesen zu sein.

Aufgabe der GdP wird es sein, aus den losen Fäden des Flickenteppichs Föderalismus, wieder einen begehbaren dichten Teppich zu weben, einen Teppich ohne Stolperfallen.

Hans Werner Gabler





„Hell ist schlecht, dunkel ist gut“

Diesen Merksatz nahmen wir aus vier Tagen abwechslungsreicher Schulung in der Bildungsstätte der IG Bau in Steinbach (Taunus) mit in unsere Heimatdienststellen. Hierbei ging es um das Erkennen gefälschter Ausweispapiere durch Beleuchtung mit UV-Licht.

Einem bunt gemischten TeilnehmerInnenfeld aus den verschiedenen Länderpolizeien wurden bei hervorragender Unterbringung aktuelle Themen (Ausländerrecht/Urkundenfälschung) aus dem täglichen Dienst anschaulich vermittelt. Die SeminarteilnehmerInnen frischten ihr Wissen auf und nahmen auch viel Neues mit nach Hause.

Die erstklassigen Referenten zeigten uns in diesen Tagen unter anderem Kniffe im Umgang mit „heiße Ware“. Nach einer kurzen Studie des Sicherheitskonzeptes der Schweiz für die EM 2008 wurde uns am zweiten Tag aufgezeigt, dass vor allem im Bereich des Ausländerrechtes bei uns häu-



Die SeminarteilnehmerInnen frischten ihr Wissen auf und nahmen auch viel Neues mit nach Hause.

dazu, dass wir nach Ende der Spielzeit noch in die Verlängerung bis in die frühen Abendstunden gingen. Nach der Welle von „AHA“ Effekten wurden die Inhalte in entsprechender geselliger Runde nochmals aufbereitet. Trotz des umfangreichen Programms blieb noch genügend Zeit für einen Stadtbummel ins nahe gelegene Frankfurt.

Rund um Demonstrationen



Die Junge Gruppe wirbt weiter für ihre Ideen „Rund um Demonstrationen“. Zu einem ersten Gespräch trafen sich Sascha Göritz und Franziska Drohsel, Vorsitzende der Jusos in der SPD. Anhand der G8-Demonstrationen und einer Demonstration gegen Rechts wurde herausgearbeitet, wer von den Handelnden, also Polizei und Demonstranten, welche Rolle wahrnimmt, wer welche Aufgaben hat und wo die Grenzen der polizeilichen Eskalationsstrategie liegen. In dem guten Gespräch wurde sich auch über aktuelle Themen wie z. B. Vorratsdatenspeicherung und Jugendgewalt ausgetauscht.

Text und Foto: JG



Durch praktische Beispiele kam vieles ans Licht.

Fotos: JG

fig noch „gefährliches Halbwissen“ herrschte. Am dritten Tag konnten wir uns im Erkennen von gefälschten Ausweisen üben. Die spannende Darstellung der Referenten hielt uns kaum auf den Sitzen und führte

Der so erlangte Blick über den eigenen Tellerrand bescherte allen eine schöne Zeit. Voller Vorfreude auf die nächsten Ausweiskontrollen traten wir die Heimreise an.

JG



Länderübergreifende Sitzung der Jungen Gruppe



Foto: JG

Der Landesjugendvorstand Bayern hatte vom 31.3. bis 1.4.2008 zu einer länderübergreifenden Sitzung in die III. Bereitschaftspolizeiabteilung nach Würzburg eingeladen. Die südlichen Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Sachsen sind dem Ruf in die Weinhauptstadt Bayerns gefolgt.

Nach der Begrüßung durch die Landesjugendvorsitzende Birgit Eberheißinger, Jürgen Schneider (DG BePo Würzburg), Ralph Küttenbaum (Vorsitzender der DG BePo Würzburg – ein Eigengewächs der Jungen Gruppe Bayern) und dem Abteilungsführer, PD Freidhof, folgte die Einteilung der Arbeitsgruppen.

In zwei Arbeitsgruppen, die sich insbesondere in die Sparten Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung aufteilten, wurden in den beiden Tagen Ergebnisse vorbereitet und Werbestrategien diskutiert, die auch in die heuer stattfindende Zentrale Arbeitstagung der Jungen Gruppe mit einfließen werden.

In der Kantine der BePo Würzburg konnten sich die 11 TeilnehmerInnen aus den anderen Bundesländern und die 16 TeilnehmerInnen des Landesjugendvor-

standes dann voll in die Werbung von neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen mit einbringen. Die Ergebnisse der tagsüber diskutierten Werbemaßnahmen wurden hier bereits versucht, in die Praxis umzusetzen.

Zum ersten Mal kam der durch den Landesjugendvorstand neu gestaltete und mit Unterstützung von Walter Makula, Signal-Iduna-Versicherung, realisierte „Polinator“ zum Einsatz. In dieser Broschüre, die im Layout eines Navigationssystems gehalten ist, soll den jungen Polizeibeamtinnen und -beamten, der Weg durch die Ausbildung sowie die Leistungen der GdP, ihrer Partner und Personalräte vorgestellt werden. Ein Wegweiser durch die Ausbildung mit nützlichen Tipps, auf die kein junger Polizist verzichten kann und sollte.

Einen gemütlichen Ausklang fand der Abend nach der Werbeveranstaltung dann im Würzburger Brauhaus. Bei bayerischen Schmanckerln wurden die Teilnehmer der Sitzung vom Landesvorsitzenden Harald Schneider besucht, der über die aktuellen Themen, die den Bayern momentan unter den Nägeln brennen, informierte.

Ein großer Dank gilt Markus Wimmer aus der Landesgeschäftsstelle Bayern, der die

beiden Arbeitsgruppen mit seinem Wissen und Know-how über die Beschaffung von Werbemitteln tatkräftig unterstützte.

Am zweiten Tag ging die Arbeit in den beiden Arbeitsgruppen weiter, ehe vor Sitzungs-ende die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen vorgestellt wurden. Der Austausch der einzelnen Aktionen und Veranstaltungen in den jeweiligen Ländern war gewinnbringend und sorgte oftmals für Heiterkeit oder Bewunderung. Sicherlich hat das eine oder andere Land neue Ideen für die Betreuung bzw. Werbung mitnehmen können und wird diese hoffentlich umsetzen können.

Harald Kozuch, JG Bayern

MPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21- 105;
Fax: (030) 39 99 21- 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sascha Göritz

Redaktion:
Fanni Schneider, Marc Behle





Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte – mit Besoldungstabellen für Bund und Länder

Das Beamtenrecht ist in Bewegung. Seit die Gesetzgebungskompetenz für Besoldung, Laufbahn und Versorgung auf die Länder übertragen worden ist, entwickeln sich einzelne Rechtsbereiche auseinander. Da ist es gut, immer auf dem Laufenden zu sein. Die 10., überarbeitete Auflage des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“ informiert – übersichtlich gegliedert und verständlich geschrieben – über die Folgen der Föderalismusreform und berücksichtigt auch die länderspezifischen Entwicklungen. Die Informationen zum Personalvertretungsrecht wurden umfassend überarbeitet und in einem eigenen Kapitel zusammengefasst. Das Buch bietet auf 360 Seiten Informationen, Praxisbeispiele, Zahlen, Synopsen und Besoldungstabellen für den Bund und alle Länder.



GdP-Mitglieder erhalten das Buch zu einem Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. 2,50 Euro Versandpauschale. Nichtmitglieder zahlen 7,50 Euro zzgl. 2,50 Euro Versandpauschale.

Bestellungen:

per Post: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Höhenweg 270, 40231 Düsseldorf, per Telefon: 0180 5835226,

**per Telefax: 0180 5329226,
per E-Mail:
infoservice@beamteninformationen.de
oder im Internet:
www.beamten-informationen.de**



Migranten in der Polizei

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist es in Deutschland nunmehr rechtlich möglich, dass Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft den Polizeivollzugsdienst ausüben. Seither entwickeln sich außerdem seitens Politik und Organisation zunehmend Bestrebungen, gezielt Deutsche mit Migrationshintergrund für den Beruf des Polizisten zu gewinnen. Die Zahl von Polizisten mit Migrationshintergrund ist jedoch bis heute auffallend gering geblieben. Mit dem Buch werden mögliche Gründe hierfür nachgezeichnet und diskutiert. Welche Diskrepanzen gibt es zwischen Programmatik und Organisationswirklichkeit? Gibt es Mechanismen, die bereits an der Peripherie der Organisation den Zugang für Migranten erschweren? Welche Bedingungen sind Voraussetzung für die Mitgliedschaft von Migranten in der Polizei? Welche Kriterien entscheiden im Kollegenkreis über Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit und welche Art von Konflikten resultieren hieraus? **Migranten in der Polizei – Zwischen politischer Programmatik und Organisationswirklichkeit, Daniela Hunold, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2008, 130 Seiten, 16,90 Euro, ISBN 978-3-86676-026-4**



Europa sozial gestalten

Wie kann Europa zu einem einheitlichen Sozialraum werden? Wie lassen sich europäische Sozialstaatskulturen so verbinden, dass die Bürgerinnen und Bürger merken, gemeinsam geht es besser?

Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ging es nicht zuletzt um die Fortschritte sozialstaatlicher Entwicklungen in der Europäischen Union. Und bis heute ist ja auch noch nicht geklärt, in welcher Form das vereinte Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern mehr bieten will als nur die Gewissheit, in einem gemeinsamen Binnenmarkt zu leben, auf dem schon zu einem großen Teil mit einer einheitlichen Währung bezahlt werden kann. Der deutsche Sozialstaat hat nach Einschätzung politischer und wissenschaftlicher Beobachter im Wettbewerb mit den anderen europäischen Sozialstaaten noch einen erheblich größeren Anpassungsbedarf an zukünftige Herausforderungen. Von den europäischen Nachbarn kann gelernt werden, was sie zur sozialen Gestaltung Europas beitragen und wie sich nationale Reformarbeit besser – und das heißt sozial gerechter und nachhaltiger – gestalten ließe.



Fachleute aus dem In- und Ausland diskutieren Aspekte eines sozial geeinten Europas und die Wege dorthin.

Europa sozial gestalten, Michael Sommer, Hans-Joachim Schabedoth, Hans Böckler Stiftung, 2008, 220 Seiten, 14,90 Euro, ISBN 978-3-89472-219-7



Deutsche Polizei

Nr. 5 • 57. Jahrgang 2008 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin, Telefon (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel – Foto: Rüdiger Holecek/Martin Schmitt
Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008



Druckauflage dieser Ausgabe:
173.754 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

